



3/03

SPECIAL

EU-ERWEITERUNG EU ENLARGEMENT ÉLARGISSEMENT DE L'UE

2 Auswirkungen auf die europäischen Normenorganisationen
Impacts on the European Standards Organizations
Impact sur les organismes de normalisation européens

5 Beteiligung der Arbeitnehmer
Involvement of Workers
La participation des salariés

8 Arbeitsschutz in Tschechien
OH&S in the Czech Republic
La prévention en République tchèque

THEMES

11 MASCHINENSICHERHEIT SAFETY OF MACHINERY SÉCURITÉ DES MACHINES

Normung von Zuschneidemaschinen mit großer Wirkung
Standardization for Cutting Machines Has Significant Impact
Coupeuses : une normalisation à fort impact

14 EMISSIONEN / EMISSIONS
Messung von Vibrationen – vergleichbare Methoden / Measurement of Vibrations – Comparable Methods / Mesurer les vibrations – méthodes comparables

17 NORMUNGSPOLITIK STANDARDIZATION POLICY POLITIQUE DE NORMALISATION

„Neues Konzept“ soll weiter verbessert werden / “New Approach” to be Improved Further / La « Nouvelle approche » en passe d'être encore améliorée

IN BRIEF

20 Corporate Social Responsibility – the Role of International Organisations / La responsabilité sociale des entreprises – rôle des organisations internationales
A+A 2003: KAN-Sonderveranstaltung / KAN special session / Conférence spéciale de la KAN
EUROSHNET

Klarstellung: Fahrzeugkrane / Clarification: mobile cranes / Mise au point: grues mobiles

23 SERVICE

Erweiterung der Europäischen Union

Die Erweiterung der Europäischen Union um zunächst zehn neue Mitglieder steht mit dem 1. Mai 2004 unmittelbar bevor. Daran geknüpft ist die Hoffnung, die noch fortwirkende künstliche Trennung Europas in Ost und West endgültig zu überwinden und den vertrauten Raum, in dem wir leben und wirtschaftlich handeln, nach Osten auszudehnen. Unternehmen versprechen sich von diesem Schritt eine entscheidende Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit durch den Abbau von Handelshemmnissen und erwarten vergleichbare Wettbewerbsbedingungen in einem erweiterten Binnenmarkt.

Die vorliegende Ausgabe des KANBRIEF beleuchtet schlaglichtartig einzelne Aspekte der Erweiterung aus Sicht der Normung und des Arbeitsschutzes. Zunächst werden die Beitrittsvoraussetzungen und die Abstimmungsverhältnisse bei CEN/CENELEC nach der Erweiterung dargestellt. Ein weiterer Artikel schildert die aus der Osterweiterung erwachsenden Aufgaben aus Sicht der Gewerkschaften. Der Länderbericht Tschechien bietet einen Einblick in die Anpassungsvorgänge eines Beitrittskandidaten.

Eugen Müller, Vorsitzender der KAN

Enlargement of the European Union

The European Union is about to undergo expansion, with a further ten members due to join on 1 May 2004. This development reflects hope that the artificial division of Europe into East and West, the effects of which can still be felt, will finally be overcome and that our familiar social and economic environment will be extended eastwards. Businesses hope that the step will lead to a crucial simplification of their activities by the elimination of barriers to trade, and anticipate comparable conditions of competition within an extended Single Market.

This issue of the KANBRIEF highlights certain aspects of the expansion from the perspective of standardization and of occupational health and safety. First,

the conditions for accession and the numbers of votes of the countries within CEN/CENELEC following expansion are shown. A further article describes the tasks arising from the eastward expansion from the perspective of the trade unions. The report on the Czech Republic provides an insight into the processes of adaptation experienced by one particular candidate country.

Eugen Müller, Chairman of KAN



Élargissement de l'Union européenne

Prévu pour le 1er mai 2004, l'élargissement de l'Union européenne – en un premier temps à dix nouveaux membres – est imminent. Il s'accompagne de plusieurs espoirs : voir la fin définitive de la séparation artificielle qui se fait encore sentir en Europe entre l'Ouest et l'Est, et réaliser l'expansion vers l'Est de l'espace familial dans lequel nous vivons et exerçons nos activités économiques. Les entreprises comptent que cette démarche leur facilitera considérablement les affaires, en éliminant les obstacles commerciaux, et en attendant des conditions concurrentielles semblables dans un marché intérieur élargi.

Le présent numéro de la KANBRIEF donne un coup de projecteur sur divers aspects de l'élargissement, du point de vue de la normalisation et de la prévention. Il se penche d'abord sur les conditions d'adhésion et la pondération des votes au CEN/CENELEC après l'élargissement de l'UE. Un autre article aborde les tâches qui, du point de vue des syndicats, vont résulter de l'élargissement vers l'Est. Le rapport sur la République tchèque donne un aperçu de la démarche d'adaptation de l'un des États candidats.

Eugen Müller, Président de la KAN

EU-Erweiterung – Auswirkungen auf die europäischen Normenorganisationen

Die europäischen Normungsorganisationen CEN und CENELEC zählen derzeit 22 ordentliche Mitglieder. Dabei handelt es sich traditionell um die nationalen Normungsorganisationen der EU- und EFTA-Staaten sowie neuerdings auch um einige Normungsorganisationen mittel- und osteuropäischer Länder, die in den kommenden Jahren der EU beitreten werden. Die jüngsten Mitglieder sind die Tschechische Republik, Malta, Ungarn und die Slowakei. Außerdem gehören CEN und CENELEC derzeit 11 weitere nationale Normungsorganisationen an, die den Status von Beitrittskandidaten (Affiliates) haben.

Es ist damit zu rechnen, dass in den kommenden Jahren ein großer Teil der mittel- und osteuropäischen Länder die Aufnahme-kriterien von CEN und CENELEC erfüllen wird. Die Anzahl der ordentlichen Mitglieder wird dann auf voraussichtlich 33 anwachsen.

Voraussetzungen für die Aufnahme der mittel- und osteuropäischen Länder als ordentliche Mitglieder bei CEN und CENELEC sind u.a.:

- eine vertragliche Vereinbarung mit der Europäischen Union über die Beitrittsbedingungen;
- Angleichung der nationalen Gesetzgebungen auf dem Gebiet der Technik und der Normung an das Gemeinschaftsrecht;
- die Anerkennung als nationale Normungsorganisation muss sichergestellt sein;
- Verfahrensregeln und Infrastrukturen müssen eine geordnete nationale Meinungs- und Konsensbildung ermöglichen;
- im Hinblick auf die elektronische Kommunikation müssen Anforderungen an die Ausstattung mit moderner Informationstechnik erfüllt sein;
- mindestens 80 % der bisher veröffentlichten Europäischen Normen müssen als nationale Normen übernommen worden sein;
- Teilnahme am EU-Informationsverfahren für Technische Regeln und an der Stillhaltevereinbarung¹;
- der für Europäische Normen geltende Urheberrechtsschutz muss gewährleistet sein.

Die Beitrittskandidaten für CEN und CENELEC sind bemüht, die Aufnahmekriterien zu erfüllen. Trotz aller Anstrengungen wird der Prozess aber erst in einigen Jahren abgeschlossen sein. Im Einzelnen stellt sich die Situation wie folgt dar:

- **Albanien (AL):** Nach Abschluss der laufenden Projekte zur Angleichung an das Gemeinschaftsrecht der EU ist innerhalb der nächsten 3 Jahre mit dem Aufnahmeantrag zu rechnen.
- **Bulgarien (BG):** Die Angleichung an das

Gemeinschaftsrecht der EU ist noch nicht abgeschlossen. Es besteht die Absicht, die bisher staatlich organisierte Normung zu privatisieren. Aufnahmeantrag voraussichtlich Mitte 2004.

- **Estland (EST), Lettland (LV):** Aufnahmeantrag: März 2003. Sofern die Kriterien erfüllt sind, ist mit der Aufnahme vor Ende des Jahres zu rechnen.
- **Kroatien (HR):** Die Beitrittsverhandlungen mit der EU sind noch nicht abgeschlossen. Es gibt deshalb keine gesicherten Erkenntnisse, wann ein Aufnahmeantrag bei CEN/CENELEC gestellt wird.
- **Litauen (LT):** Der Aufnahmeantrag von 2002 war erfolgreich. CEN und CENELEC haben der Aufnahme als ordentliches Mitglied (ab Januar 2004) bereits zugestimmt.
- **Polen (PL), Slowenien (SLO):** Aufnahmeantrag: Januar 2003. Sofern die Kriterien erfüllt sind, ist mit der Aufnahme vor Ende des Jahres zu rechnen.
- **Rumänien (RO):** Die Kriterien für die Aufnahme sind noch nicht erfüllt. Ein Aufnahmeantrag wird frühestens Mitte 2005 erwartet.
- **Türkei (TR):** Der bereits im Jahre 2001 gestellt Aufnahmeantrag wurde vorerst zurückgestellt. Die Aufnahmebedingungen werden derzeit nicht erfüllt. Es gibt keine zuverlässigen Prognosen darüber, wann ein neuer Antrag gestellt wird.
- **Zypern (CY):** Die ungeklärte politische Situation führt zu Verzögerungen. Es gibt derzeit noch keine gesicherten Erkenntnisse, welche Organisation in Zukunft den Status der nationalen Normungsorganisation erhält. Deshalb ist ungewiss, wann ein Aufnahmeantrag gestellt wird.

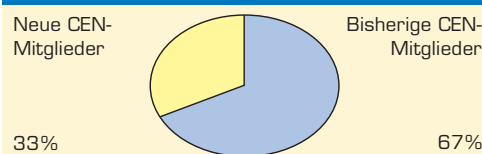
Gewichtete Stimmen bei CEN/CENELEC (2005)

(Zukünftige Mitglieder: *kursiv*)

Land	Stimmen
D, GB, F, I; <i>TR</i>	29
E; <i>PL</i>	27
<i>RO</i>	14
NL	13
B, GR, P; CZ, H	12
S, CH; A	10
DK, FIN, N, IRL; <i>LT, SK</i>	7
<i>CY, EST, L, LV, SLO</i>	4
IS, M	3

Neue Stimmgewichte bei CEN

(nach Beitritt aller Kandidaten außer AL, BG, HR)



Durch die Erweiterung ändern sich auch die Stimmgewichte. CEN und CENELEC haben beschlossen, die Stimmgewichtungen zu übernehmen, die für die Europäische Union im Vertrag von Nizza festgelegt sind (siehe Tabelle). Für die Annahme der Europäischen Normen werden auch in Zukunft 71 % der gewichteten Stimmen benötigt. Die steigende Mitgliederzahl bedeutet, dass die Stimmgewichte der einzelnen Mitglieder geringer werden. Es wird deshalb in Zukunft noch wichtiger sein, einen möglichst breiten Konsens zu erzielen und Unterstützung für die eigenen Positionen bei anderen Mitgliedern zu suchen.

Dipl.-Ing. Ernst-Peter Ziethen, DIN

¹ Stillhaltevereinbarung: Verbot der Veröffentlichung nationaler Normen zu allen auf europäischer Ebene in Arbeit befindlichen Normungsvorhaben

EU Expansion – Impacts on the European Standards Organizations

The European standards organizations CEN and CENELEC currently have 22 ordinary members. They include the national standards organizations of the EU and EFTA states, which have been members for many years, and some recently joined standards organizations from Central and Eastern European countries which will accede to the EU in the next few years. The most recent members are the Czech Republic, Malta, Hungary and Slovakia. Another 11 national standards organizations with affiliate status also belong to CEN and CENELEC.

In the next few years a large number of Central and Eastern European countries can be expected to satisfy the membership criteria for CEN and CENELEC. It is anticipated that the number of ordinary members will then rise to 33.

The conditions which Central and Eastern European countries have to meet in order to become ordinary CEN and CENELEC members include:

- a contractual agreement with the European Union concerning the conditions of accession,
- harmonization of national legislation in the areas of technology and standardization with Community law,
- definite recognition as the national standards organization,
- rules of procedure and infrastructures must allow a systematic national process for forming opinions and consensus,
- requirements concerning availability of modern information technology must be fulfilled for the purpose of electronic communication,
- at least 80% of the European standards published thus far must have been adopted as national standards,
- compliance with the EU information procedure for technical rules and the standstill agreement¹ and
- the copyright protection applicable to European standards must be guaranteed.

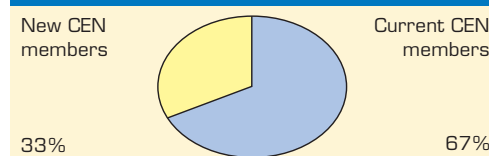
The candidates for CEN and CENELEC membership are working hard to meet the membership criteria. Despite all their efforts, however, the process will still take some years to complete. The situation with respect to the individual countries is as follows:

- **Albania (AL):** membership application can be expected within the next three years once the current projects to harmonize legislation with EU Community law have been completed.
- **Bulgaria (BG):** Harmonization with EU Community law has not yet been completed. Bulgaria intends to privatise its

currently state-organized standardization. The membership application can be expected in the middle of 2004.

- **Croatia (HR):** The negotiations on accession to the EU have not yet been completed. There is consequently no reliable information as to when CEN/CENELEC membership will be applied for.
- **Cyprus (CY):** The unresolved political situation is causing delays. There is currently no reliable information as to which organization will be the national standards organization in the future. It is consequently not clear when membership will be applied for.
- **Estonia (EST), Latvia (LV):** Membership was applied for in March 2003. If the criteria have been met, membership can be expected to be granted before the end of the year.
- **Lithuania (LT):** The membership application presented in 2002 was successful. CEN and CENELEC have already approved ordinary membership (as of January 2004).
- **Poland (PL), Slovenia (SLO):** Membership was applied for in January 2003. If the criteria have been met, membership can be expected to be granted before the end of the year.
- **Romania (RO):** The membership criteria have not yet been satisfied. Membership is expected to be applied for in the middle of 2005 at the earliest.
- **Turkey (TR):** The membership application submitted back in 2001 has been deferred for the time being. The membership criteria are currently not met. There are no reliable predictions as to when a new application will be submitted.

New vote weightings at CEN
(once all candidates except AL, BG, HR have joined)



This expansion will also change the vote weightings. CEN and CENELEC have decided to use the vote weightings specified for the European Union in the Treaty of Nice (see table). European standards will still require 71% of the weighted votes in order to be adopted. The increasing number of members means that the members' individual vote weightings will decrease. Consequently, it will be even more important in future to achieve as broad a consensus as possible and to seek support from other members for one's own standpoints.

Dipl.-Ing. Ernst-Peter Ziethen, DIN

Weighted votes at CEN/CENELEC (2005)
(Future members in *italics*)

Country	Votes
D, GB, F, I; <i>TR</i>	29
E; <i>PL</i>	27
<i>RO</i>	14
NL	13
B, GR, P; CZ, H	12
S, CH; A	10
DK, FIN, N, IRL; LT, SK	7
<i>CY, EST, L, LV, SLO</i>	4
IS, M	3

¹ Standstill agreement: Ban on publication of national standards relating to any standardization projects being worked on at the European level

L'élargissement de l'UE – son impact sur les organismes de normalisation européens

Les organismes de normalisation CEN et CENELEC comptent actuellement 22 membres titulaires. Il s'agit, traditionnellement, des organismes de normalisation des États de l'UE et de l'AELE, ainsi que – depuis peu – de quelques organismes de normalisation des États d'Europe centrale et orientale qui vont intégrer l'UE dans le courant des prochaines années. Les plus jeunes membres sont la République tchèque, Malte, la Hongrie et la Slovaquie. Le CEN et le CENELEC comptent en outre actuellement 11 autres organismes de normalisation nationaux qui possèdent le statut de candidats (affiliés).

Il est probable que, durant les prochaines années, la plupart des pays d'Europe centrale et orientale satisferont aux critères d'admission du CEN et du CENELEC: Le nombre de membres actifs devrait alors passer à 33.

Pour pouvoir être admis comme membres actifs au sein du CEN et du CENELEC, les pays d'Europe centrale et orientale doivent remplir, entre autres, les conditions suivantes:

- signer un accord contractuel avec l'Union européenne sur les conditions d'admission;
- aligner leur droit national sur le droit communautaire dans le domaine de la technique et de la normalisation;
- reconnaître un seul organisme national de normalisation;
- posséder des règles de procédure et des infrastructures permettant une formation d'opinion et de consensus ordonnée au niveau national;
- concernant la communication électronique, posséder, dans le domaine de la technique de communication moderne, un niveau d'équipement conforme aux exigences;
- avoir transposé dans des normes nationales au moins 80% des normes européennes déjà publiées;
- participer à la procédure d'information de l'UE dans le domaine des règles techniques, et adhérer à l'accord de statu quo¹;
- veiller à garantir le respect de la propriété intellectuelle applicable aux normes européennes.

Les pays candidats à l'adhésion au CEN et au CENELEC s'efforcent de remplir ces critères. Malgré ces efforts, le processus ne devrait être clos que dans quelques années. Voici un aperçu de la situation pour les différents pays:

- **Albanie (AL):** Les projets en cours visant à un alignement sur le droit communautaire une fois terminés, la demande

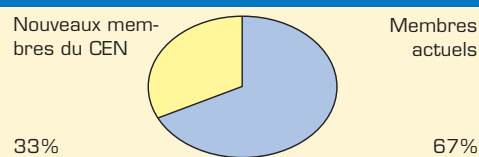
d'adhésion devrait être introduite d'ici trois ans au plus tard.

- **Bulgarie (BG):** Le processus d'alignement sur le droit communautaire n'est pas encore clos. Il est envisagé de privatiser la normalisation, qui était jusqu'alors une fonction d'État. Demande d'adhésion probablement au milieu de 2004.
- **Croatie (HR):** Les négociations concernant l'adhésion à l'UE ne sont pas encore closes. C'est pourquoi nul ne peut dire fiablement quand une demande d'adhésion pourra être introduite auprès du CEN/CENELEC.
- **Chypre (CY):** Le flou de la situation politique entraîne des retards. Personne ne peut dire actuellement quel organisme obtiendra à l'avenir le statut d'organisme national de normalisation. C'est pourquoi on ne sait pas exactement quand une demande d'adhésion sera soumise.
- **Estonie (EST), Lettonie (LV):** Demande d'adhésion en mars 2003. Si les critères sont remplis, l'adhésion devrait se faire avant la fin de l'année.
- **Lituanie (LT):** La demande d'adhésion de 2002 a abouti. Le CEN et le CENELEC ont déjà accepté ce pays comme membre actif dès janvier 2004.
- **Pologne (PL), Slovaquie (SLO):** Demande d'adhésion en janvier 2003. Si les critères sont remplis, l'adhésion devrait se faire avant la fin de l'année.
- **Roumanie (RO):** Les critères ne sont pas encore remplis. La demande d'adhésion ne devrait pas être introduite avant le milieu de 2005.
- **Turquie (TR):** La demande d'adhésion, déposée en 2001, a été provisoirement gelée. Actuellement, les critères ne sont pas remplis. Nul ne peut dire avec certitude quand une nouvelle demande sera introduite.

Pondération des votes au CEN/CENELEC (2005)
(futurs adhérents: italique)

Pays	Voix
D, GB, F, I; <i>TR</i>	29
E; <i>PL</i>	27
<i>RO</i>	14
NL	13
B, GR, P; CZ, H	12
S, CH; A	10
DK, FIN, N, IRL; <i>LT, SK</i>	7
<i>CY, EST, L, LV, SLO</i>	4
IS, M	3

Nouvelle pondération au CEN (Après adhésion de tous les candidats, sauf AL, BG, HR)



L'élargissement aura également un impact sur la pondération des votes. Le CEN et le CENELEC ont décidé d'adopter la pondération définie pour l'Union européenne dans le Traité de Nice (cf. tableau). L'adoption des normes européennes nécessitera comme aujourd'hui 71% des votes pondérés. L'augmentation du nombre d'adhérents se traduit par la diminution du poids du vote de chacun des membres. C'est pourquoi il sera encore plus important à l'avenir d'arriver à un consensus aussi large que possible, et de rechercher auprès des autres membres un soutien pour sa propre position.

Dipl.-Ing. Ernst-Peter Ziethen, DIN

¹ L'accord de statu quo: interdiction de publier une norme nationale ayant trait à tout projet de norme en cours d'élaboration au niveau européen.

EU-Erweiterung – Beteiligung der Arbeitnehmer

Mit der Erweiterung der Europäischen Union im Mai 2004 wird die Zahl der EU-Bürger von 380 auf 450 Millionen steigen. Die Wirtschaft bereitet sich mit Filial- und Firmengründungen, Kooperationen usw. auf die Möglichkeiten des vergrößerten Binnenmarktes vor. Für die Gewerkschaften steht die Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen der abhängig Beschäftigten in diesem riesigen Wirtschaftsraum im Mittelpunkt.

Die Beitrittsländer sind verpflichtet, den Aquis Communautaire, d.h. den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU an Regeln und Normen zu übernehmen. Wesentlich dabei ist, dass dies nicht nur formal geschieht, sondern dass die Regeln auch in der Praxis angewendet werden. Den Handlungsbedarf im Bereich des Arbeitsschutzes mag ein Ergebnis der vergleichenden Studie der Dubliner Stiftung von 2001 veranschaulichen¹: Durch Faktoren wie Lärm, ungünstige Körperhaltungen, Ermüdung oder Muskel-Skelett-Erkrankungen sehen sich Arbeitnehmer in den Kandidatenländern deutlich mehr belastet als ihre Kollegen in den EU-Mitgliedstaaten.

Ein zentrales Ziel der Gewerkschaften ist, die Rolle und die Beteiligung der Arbeitnehmer entsprechend den Anforderungen der europäischen Richtlinien zu verwirklichen. Dazu gehört beispielsweise auch, dass die Arbeitnehmer auf Normen Einfluss nehmen können. Normen leisten mit ihren Produktanforderungen einen wesentlichen Beitrag zum Arbeitsschutz und zur Prävention, da so die Sicherheit von Anfang an in die Arbeitsmittel hinein konzipiert werden kann. Den Sozialpartnern Einflussmöglichkeiten auf die Normung zu eröffnen, wie es u.a. die Maschinenrichtlinie² fordert, kommen die bisherigen EU-Länder je nach Tradition in unterschiedlicher Weise nach: In Skandinavien wird beispielsweise die direkte Mitarbeit von Arbeitnehmervertretern in Normenausschüssen gefördert; in Deutschland wurde mit der KAN eine dreigliedrige Einrichtung geschaffen, um das Normungsgeschehen zu beobachten und zu Normungsdokumenten Stellung zu nehmen.

Unterstützung der Gewerkschaften in den Beitrittsländern

Die westeuropäischen Gewerkschaften führen seit Jahren Kooperationsprojekte durch, um sich mit ihren Partnerorganisationen in den Kandidatenländern auf die EU-Erweiterung vorzubereiten:

- bilaterale Kooperationen, z.B. in den Grenzregionen von Deutschland zu Polen und Tschechien oder von Österreich zu Ungarn, Slowenien und zur Slowakei,

- multilaterale Kooperationen, z.B. auf Branchenebene (u.a. bei Metall-, Textil-, Energie-Gewerkschaften).

Im Vordergrund stehen dabei Themen wie Tarifpolitik, Mitbestimmung, Berufsausbildung, aber auch Unterstützung beim Aufbau der nationalen Arbeitsschutzeinrichtungen.

Weitere Anstrengungen erforderlich

Die enormen wirtschaftlichen und sozialen Unterschiede zwischen Mitglieds- und Beitrittsländern werden nicht schlagartig im Mai 2004 behoben sein. Deshalb besteht die Gefahr eines Sozialdumpings³, solange Arbeitnehmer aus den Beitrittsländern in den „alten“ EU-Staaten zu den tariflichen Bedingungen ihres Herkunftslandes beschäftigt werden können. Vor diesem Hintergrund haben z.B. die deutsche und polnische Baugewerkschaft ein Abkommen geschlossen, um sich in solchen Fragen abzustimmen⁴.

Voraussetzung für einen tragfähigen Zusammenhalt der erweiterten EU ist zugleich die Verwirklichung der Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer. Beim EU-Gipfel im Frühjahr 2002 in Barcelona war den Sozialpartnern eine besondere Rolle bei der Erweiterung als „Manager des Wandels“ zugeordnet worden, verbunden mit der Aufforderung, den sozialen Dialog zu intensivieren und ihn auch in den Beitrittsländern zu verankern.

Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz wird eine Konferenz bieten, die der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) zusammen mit dem Europäischen Technikbüro der Gewerkschaften für Gesundheit und Sicherheit (TUTB) am 30./31.1.2004 in Brüssel⁵ veranstaltet. Nach einer Bestandsaufnahme (durch Vertreter von Forschung, Gewerkschaften, Behörden, Arbeitgebern) geht es dort um gewerkschaftliche Strategien und Prioritäten in einem erweiterten Europa und um eine Beurteilung der Qualität des sozialen Dialogs zwischen Staat, Arbeitgebern und Arbeitnehmern und der Möglichkeiten, ihn im Interesse einer verbesserten Arbeitsumgebung zu intensivieren.

*Ulrich Bamberg
Leiter des Arbeitnehmerbüros
der KAN-Geschäftsstelle*



■ EU-Mitgliedstaaten
■ EU-Beitrittskandidaten

Beteiligungsrechte und Arbeitsschutz auf hohem Niveau verwirklichen

Ulrich Bamberg
Tel. 02241-231-3451
bamberg@kan.de

¹ www.eurofound.eu.int/working/ccseminar.htm

² Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 98/37/EG

³ Vgl. Sozial Agenda (Hrsg. EU-Kommission, GD Beschäftigung und Soziales), Okt. 2002, S. 10

⁴ Vgl. Stellungnahme des DGB in der Anhörung des Deutschen Bundestages zur EU-Erweiterung am 14.2.2001

⁵ Mehr zur EGB/TUTB-Konferenz unter www.etuc.org/tutb/uk/enlargement.html



■ EU member states
■ EU candidate countries

Implementing employees rights of participation and OH&S at a high level

EU Enlargement – Involvement of Workers

When the European Union expands in May 2004, the number of EU citizens will rise from 380 to 450 million. Industry is already gearing up for the possibilities that will be offered by the larger single market by setting up branches, companies, joint ventures, etc. For the trade unions, the most important thing is to harmonize the working and living conditions of the workers in this huge economic area.

Candidate countries have to adopt the *aquis communautaire*, i.e. the EU's existing rules and standards, before they can join. Importantly, this is not simply a question of formally adopting the rules – they have to be put into effect too. One of the findings of the Dublin Foundation's comparative study¹ carried out in 2001 demonstrates the need for action in the field of occupational health and safety: workers in the candidate countries considered themselves significantly more affected by negative factors such as noise, poor posture, fatigue or musculo-skeletal disorders than their fellow workers in the EU member states.

One of the trade unions' main aims is to ensure that the role and involvement of workers are in line with the requirements of the European directives. One element of this is that workers should be able to influence standards. With their product requirements, standards make a fundamental contribution to occupational health and safety and prevention because they enable safety to be incorporated into the very design of the equipment. The ways which the present EU countries provide for the social partners to influence standards, as is required by the Machinery Directive for example², varies according to their traditions. In Scandinavia, for instance, direct involvement of workers' representatives on standards committees is promoted. In Germany, a tripartite establishment, KAN, has been set up to observe standardization work and to comment on standards documents.

Support for the trade unions in the candidate countries

For some time, West European trade unions have been conducting cooperation projects in order to prepare themselves and their partner organisations in the candidate countries for EU enlargement. These have been either:

- bilateral projects, e.g. in the border regions between Germany and Poland and the Czech Republic and between Austria and Hungary, Slovenia and Slovakia or
- multilateral projects, e.g. at the sector level (involving, for example, trade unions for the metal, textiles and energy industries).

This work concentrates on wage policy, co-determination and vocational training but also on assisting in the establishment of national OH&S institutions.

Further efforts required

The enormous economic and social differences between member and candidate states will not suddenly disappear in May 2004. This means that there will be a risk of social dumping³ if workers from candidate countries can be employed in the "old" EU states on the pay conditions prevalent in their home countries. In view of these facts, the German and Polish construction trade unions, for example, have signed an agreement to consult with each other on such issues⁴.

At the same time, it is essential that workers' rights of involvement and participation are translated into practice if the expanded EU is to form a cohesive entity. At the EU summit in Barcelona in spring 2002, a special role was devised for the social partners in the expansion process, namely as "managers of change", and they were called upon to intensify social dialogue and to establish it firmly in the candidate countries too.

A conference being organised by the European Trade Union Confederation (ETUC) and the European Trade Union Technical Bureau for Health and Safety (TUTB) on 30 - 31 January 2004 in Brussels⁵ will provide an opportunity for a stock-take of the situation. This review (by representatives of the world of research, trade unions, authorities and employers) will be followed by a discussion of trade-union strategies and priorities in an enlarged Europe and an assessment of the quality of the social dialogue between the state, employers and employees as well as the possibilities to intensify it in the interest of an improved working environment.

*Ulrich Bamberg
Head of the Social Partner Office "Employees"
KAN Secretariat*

¹ www.eurofound.eu.int/working/ccseminar.htm

² Article 5, Section 3 of directive 98/37/EC

³ Cf. Sozial Agenda (Ed. EU Commission, DG Employment and Social Affairs), Okt. 2002, p. 10

⁴ Cf. DGB statement at the Deutscher Bundestag's parliamentary hearing on EU enlargement on 14.2.2001

⁵ For more information on the ETUC/TUTB conference, visit www.etuc.org/tutb/uk/enlargement.html

Élargissement de l'UE – la participation des salariés

Avec l'élargissement de l'Union européenne en mai 2004, le nombre des citoyens de l'UE va passer de 380 à 450 millions. Les milieux économiques se préparent aux opportunités que ne manquera pas d'offrir un marché intérieur élargi, par des créations d'entreprises et de filiales, des accords de coopération, etc. Pour les syndicats, l'enjeu principal consiste maintenant à harmoniser les conditions de travail et de vie des salariés dans cet immense espace économique.

Les pays candidats sont tenus d'adopter l'«acquis communautaire» – et donc la totalité des règles et normes communes en vigueur au sein de l'UE. Il est toutefois essentiel dans ce contexte que cette reprise ne se fasse pas seulement pour la forme, mais que les règles en question soient effectivement mises en pratique. Les conclusions d'une étude comparative réalisée en 2001 par la Fondation de Dublin mettent en évidence le besoin d'action dans le domaine de la prévention des risques professionnels¹: du fait de facteurs tels que le bruit, des attitudes corporelles défavorables, la fatigue ou des troubles musculo-squelettiques, les salariés des pays candidats estiment subir une charge nettement plus lourde que leurs collègues des États membres.

L'un des principaux objectifs des syndicats est de veiller à ce que le rôle et la participation des salariés soient conformes aux exigences des directives européennes. Ceci implique notamment que les salariés aient la possibilité d'exercer une influence sur les normes. Fixant des exigences relatives aux produits, les normes jouent un rôle essentiel dans la prévention des risques professionnels, la sécurité pouvant être intégrée dans les équipements de travail dès leur conception. Les membres actuels de l'UE s'acquittent différemment – en fonction de leur tradition – de leur obligation à offrir aux partenaires sociaux la possibilité d'exercer une influence sur les normes, comme l'exige notamment la directive Machines²: en Scandinavie, on encourage par exemple la participation directe des représentants des travailleurs au sein des comités de normalisation; en Allemagne, un organisme tripartite – la KAN – a été mis en place pour observer les activités en matière de normalisation, et pour prendre position sur les documents de normalisation.

Le soutien des syndicats dans les pays candidats

Les syndicats ouest-européens réalisent depuis des années des projets de coopération afin de se préparer avec leurs organismes partenaires des pays candidats à l'élargissement de l'UE :

- des coopérations bilatérales, par exemple dans les régions frontalières entre l'Allemagne et la Pologne et la République tchèque, ou entre l'Autriche et la Hongrie, la Slovénie et la Slovaquie;
- des coopérations multilatérales, par exemple au niveau des secteurs économiques (notamment avec les syndicats de la métallurgie, du textile et de l'énergie).

Les questions prioritaires dans ce contexte sont par exemple la politique tarifaire, la cogestion, la formation professionnelle, mais aussi le soutien à apporter lors de la mise en place des organismes nationaux de prévention.

Des efforts supplémentaires sont nécessaires

Les différences énormes – sociales et économiques – qui existent entre les États membres et les États candidats ne disparaîtront pas comme par enchantement en mai 2004. C'est pourquoi on court le risque d'assister à un dumping social³, tant que les travailleurs des pays candidats pourront être employés dans les « anciens » pays de l'UE aux conditions tarifaires de leur pays d'origine. C'est sur cette toile de fond que les syndicats du bâtiment allemand et polonais ont, par exemple, conclu un accord prévoyant une concertation sur ce type de questions⁴.

En même temps, la condition indispensable à une cohésion solide de l'UE élargie est la concrétisation des droits de participation et de cogestion des salariés. Lors du Sommet de l'UE de Barcelone, au printemps 2002, il avait été décidé de confier aux partenaires sociaux un rôle particulier de « managers du changement », dans le cadre de l'élargissement, en les invitant en même temps à intensifier le dialogue social et à l'ancrer également dans les États candidats.

L'occasion de dresser un bilan intermédiaire sera offerte lors de la conférence organisée conjointement par la Confédération européenne des syndicats (CES), et le Bureau technique syndical européen pour la santé et la sécurité (BTS), les 30 et 31 janvier 2004 à Bruxelles⁵. Après un état des lieux (dressé par des chercheurs, syndicalistes, autorités publiques, employeurs), il y sera question des stratégies et priorités des syndicats dans une Europe élargie, et de la manière d'explorer la qualité du dialogue social entre l'État, le patronat et les salariés, et des moyens de le renforcer, afin d'améliorer l'environnement du travail.

Ulrich Bamberg

Responsable du bureau des partenaires sociaux « employés » du Secrétariat de la KAN

Concrétiser à un haut niveau les droits de participation et la prévention

¹ www.fr.eurofound.eu.int/working/ccseminar.htm

² Art. 5 paragr. 3 de la directive 98/37/CE

³ Cf. Sozial Agenda (Ed. Commission de l'EU, DG Emploi et Affaires Sociales), Oct. 2002, p. 10

⁴ Cf. prise de position de la Fédération des syndicats allemands (DGB) lors de la consultation du Bundestag sur l'élargissement de l'UE du 14-2-2001

⁵ Pour en savoir plus sur la conférence de la CES/BTS: www.etuc.org/tutb/fr/elargissement.htm

Arbeitsschutz in Tschechien

Die Tschechische Republik hat im Jahr 2001 als erstes EU-Beitrittsland ein PECA-Abkommen¹ unterzeichnet. Das tschechische CSNI wiederum war die erste Normungsorganisation eines Beitrittslandes, die Vollmitglied bei CEN (1996) und CENELEC (1997) wurde.

Das Arbeitsschutzsystem spielt in der Sozialpolitik Tschechiens eine wichtige Rolle. Es wird neben dem Arbeits- und Sozialministerium hauptsächlich von folgenden nationalen Institutionen getragen:

- Die **Arbeitssicherheitsbehörde (ČÚBP)** leitet die Aktivitäten ihrer acht regionalen Aufsichtsbehörden, ist an der Vorbereitung von Rechtstexten beteiligt, übernimmt konzeptionelle Aufgaben und arbeitet zusammen mit dem VÚBP in der arbeitsschutzbezogenen Normung mit. Die regionalen Aufsichtsbehörden führen Arbeitsplatzbegehungen durch und bieten technische Beratung an.
- Das **Forschungsinstitut für Arbeitssicherheit (VÚBP)** in Prag leistet technische Unterstützung und Beratung und ist insbesondere für die öffentliche Weiterbildung einschließlich Informationskampagnen zuständig.
- Das **Bildungsinstitut für Arbeitssicherheit** in Brno organisiert Fortbildungen und Seminare für die staatlichen Aufsichtsbeamten und die Fachöffentlichkeit.

Alle Organisationen arbeiten eng mit dem Gesundheitsministerium und seinen nachgeordneten Gesundheitsämtern, dem Umweltministerium, der Umweltaufsichtsbehörde, der Bergbaubehörde und den Sozialpartnern zusammen.

Rechtliches Umfeld

Das Arbeitsgesetzbuch und das Gesetz über die öffentliche Gesundheit sind die grundlegenden Arbeitsschutzdokumente. Beide wurden an die Arbeitsschutzrahmenrichtlinie 89/391/EWG angepasst. Andere Anforderungen der Rahmenrichtlinie und der Einzelrichtlinien wurden direkt in Form von bindenden Regierungsanweisungen umgesetzt. Diese werden durch eine Reihe von Verordnungen des Arbeits- und Sozialministeriums, des Gesundheitsministeriums, der ČÚBP, der Bergbaubehörde und des Umweltministeriums ergänzt.

Das 2001 unterzeichnete PECA-Abkommen beinhaltet die gegenseitige Anerkennung der Konformitätsbewertungen in den EU-Mitgliedstaaten für Industrieprodukte aus zehn verschiedenen Bereichen, darunter auch für Persönliche Schutzausrüstungen.

In ihren Vorbereitungen auf die EU-Mitgliedschaft wird die Tschechische Republik derzeit durch PHARE-Partnerschaftsprojekte unterstützt – im letzten Jahr mit den Niederlanden und Großbritannien. In diesem

Jahr wird ein ähnliches Projekt mit Deutschland und Spanien durchgeführt, das sich auf die Übernahme und die Umsetzung des *acquis communautaire*² im Bereich des Arbeitsschutzes konzentriert.

Normung

Die technische Normung ist in der Tschechischen Republik im Gesetz 22/1997 Coll. über technische Anforderungen an Produkte geregelt. Seit 1995 sind die tschechischen Normen nicht mehr verpflichtend (außer wenn sie in bindenden Vorschriften wie Regierungsanweisungen in Bezug genommen werden). Sie dürfen jedoch nicht im Widerspruch zu geltendem Recht stehen. Als Voraussetzung für die CEN-Mitgliedschaft hatte die Tschechische Republik bereits 1996 90 % der Europäischen Normen als nationale Normen (CSN) übernommen.

Viele Normen enthalten Sicherheitsanforderungen und haben insbesondere in Bereichen, die nicht durch nationale oder internationale Rechtsdokumente abgedeckt sind, eine wichtige Funktion.

Die **Tschechische Normungsorganisation (ČSN)**³ befasst sich mit der nationalen, europäischen und internationalen Normung. Normentwürfe werden in 135 technischen Normungskomitees, die zum großen Teil den CEN/CENELEC-Komitees entsprechen, beraten. Einige Arbeitsschutzexperten bringen ihr Fachwissen und ihre praktischen Erfahrungen in diese Normungskomitees ein. Andere sind in technischen Komitees vertreten, die für bestimmte Bereiche der Konformitätsbeurteilung in der Behörde für Normen, Metrologie und Prüfung (ÚNMZ) eingerichtet wurden.

Marktaufsicht

Die Marktaufsicht wird durch das Gesetz zur allgemeinen Produktsicherheit 102/2001 Coll. und das Verbraucherschutzgesetz 634/1992 Coll. geregelt. Sie wird von der Gewerbeaufsicht (ČOI), die vom Ministerium für Industrie und Handel überwacht wird, sowie von ihren 14 regionalen Aufsichtsbehörden ausgeübt. Oberstes Ziel ist die Gewährleistung der Gesundheit und der Sicherheit von Verbrauchern und Arbeitnehmern. Die Kontrollfunktion der ČOI basiert auf der Befugnis, das Inverkehrbringen von Produkten zu untersagen, sofern ein begründeter Verdacht besteht, dass das Produkt eine ernsthafte Bedrohung für die Gesundheit und Sicherheit von Personen, für Eigentum oder die Umwelt darstellt. Die langjährige Erfahrung der Tschechischen Republik in der Normung und im Arbeitsschutz ist eine gute Voraussetzung dafür, dass das tschechische Marktüberwachungssystem auf eine Stufe mit den Marktüberwachungssystemen der hochentwickelten europäischen Länder gestellt werden kann.

Zorka Klimašová



¹ Protocols to the Europe Agreements on Conformity Assessment and Acceptance of Industrial Products

² das gemeinschaftliche Regelwerk

³ <http://domino.csni.cz>

Occupational Health and Safety in the Czech Republic

In 2001, the Czech Republic was the first candidate country for EU membership to sign a PECA protocol¹. The Czech CSNI was in turn the first standards organization of a candidate country to become a full member of both CEN (1996) and CENELEC (1997) and assumed the same duties as other members from then on.

The occupational health and safety system plays an important role in the social policy of the Czech Republic. Apart from the Ministry of Labour and Social Affairs, it is represented chiefly by the following national bodies:

- The **Czech Occupational Safety Office (ČÚBP)** manages the activities of its eight Regional Safety Inspectorates, is involved in the preparation of legal documents, assumes concept-planning tasks, and, together with VÚBP, participates in OSH standardization. The Regional Safety Inspectorates carry out workplace inspections and provide technical consultancy.
- The **Occupational Safety Research Institute (VÚBP)** in Prague provides technical assistance and consultancy and, in particular, conducts public education including information campaigns.
- The **Occupational Safety Education Institute** in Brno organizes training courses and seminars for the State's specialized supervision employees and the technical public.

All organizations work in close cooperation with the Ministry of Health and its subordinate Hygiene Services, the Ministry of the Environment, the Environmental Inspection Office, the Mining Office and the social partners.

Legal Environment

The Labour Code and the Act on Public Health are the basic OSH documents. Both acts were subsequently amended according to OSH framework directive 89/391/EEC. Other requirements of the framework directive and of the individual directives were directly transposed into obligatory government orders. These are supplemented by a set of regulations issued by the Ministry of Labour and Social Affairs, the Ministry of Health, the ČÚBP, the Czech Mining Office and the Ministry of the Environment.

Within the framework of the PECA protocol signed in early 2001, the mutual recognition of conformity assessments for industrial products between the EU member states covers ten different sectors, one of which is personal protective equipment.

In its preparations for EU membership the Czech Republic is currently supported by

Phare twinning projects. Last year, the Czech Republic cooperated with the Netherlands and Great Britain. This year, a similar co-operation project with Germany and Spain is focusing on the transposition and enforcement of the *acquis communautaire*² in the field of OSH.

Standardization

Technical standardization in the Czech Republic is based on Act 22/1997 Coll. on Technical Requirements for Products. Czech standards ceased to be obligatory in 1995 (unless referred to in binding regulations such as government orders). However, they must not be in contradiction with other legal documents. As a prerequisite for the Czech Republic becoming a member of CEN, 90% of all European Standards had already been transposed into national standards (CSN) by 1996.

A large number of standards contain safety requirements. Their existence is very important, especially in sectors that are not covered by national or international legislative documents.

The **Czech Standard Institute (ČSN)**³ is charged to deal with national, international and European standardization. Drafts of standards are discussed in 135 Technical Standardization Committees, of which the majority correspond to the Technical Committees of CEN and CENELEC. Some OSH experts lend their knowledge and practical experience to these Technical Standardization Committees. Other OSH experts are represented on Technical Committees established for individual topics relating to conformity assessment in the Czech Office for Standards, Metrology and Testing (ÚNMZ).

Market Surveillance

Market surveillance is regulated by the main act on general product safety, 102/2001 Coll., and Act 634/1992 Coll. on consumer protection. It is carried out by the Czech Trade Inspectorate (ČOI) working under the supervision of the Ministry of Industry and Trade and by the Inspectorate's 14 Regional Inspectorates. Their main objective is to guarantee the health and safety of consumers and users. The control system of the ČOI is based on its power to stop products being placed on the market in cases of reasonable suspicion of a serious threat to the health and safety of persons, property or the environment.

The Czech Republic's long experience in standardization and occupational health and safety is a good basis for its market surveillance system to join the ranks of those of Europe's highly developed countries.

Zorka Klimošová



Zorka Klimošová
zorka.klimosova@mpsv.cz

Tschechisches Arbeits-
und Sozialministerium
Abteilung für Arbeitsschutz

Czech Ministry of Labour
and Social Affairs
Occupational Health and
Safety Department

Ministère du Travail
et des affaires sociales
de la République tchèque
Direction de la prévention
des risques professionnels

¹ Protocols to the Europe
Agreements on Conformity
Assessment and Acceptance
of Industrial Products

² Body of Community law

³ <http://domino.csni.cz>

La prévention en République tchèque

En 2001, la République tchèque a été le premier pays candidat à signer un accord PECA. Le CNSI a été également le premier organisme de normalisation d'un pays candidat à intégrer le CEN (1996) et le CENELEC (1997).

S'inscrivant dans la politique sociale du pays, le système de prévention des risques professionnels joue un rôle important en République tchèque. Outre le Ministère du Travail et des affaires sociales, il relève principalement de la compétence de trois organismes d'État :

- **L'Office de sécurité au travail (ČÚBP)** pilote les activités de ses huit inspections régionales de la sécurité, prépare des textes législatifs, se charge de tâches conceptuelles et participe, avec le VÚBP à la normalisation concernant la sécurité et la santé au travail. Les inspections régionales effectuent des visites en entreprise, et interviennent comme consultants.
- **L'Institut de recherche sur la sécurité au travail (VÚBP)** (Prague) fournit assistance technique et consultations. Il est responsable de la formation publique, incluant les campagnes d'information.
- **L'Institut de formation sur la sécurité au travail** (Brno) organise des formations et des séminaires pour les inspecteurs du travail et le public spécialisé.

Ces organismes travaillent en étroite coopération avec le Ministère de la Santé et ses services sanitaires, le Ministère de l'environnement, les autorités de contrôle environnementales, la Direction des mines et les partenaires sociaux.

Le contexte juridique

La prévention des risques professionnels est régie par le Code du travail et la Loi sur la santé publique. Ces deux textes ont été mis en conformité avec la directive cadre 89/391/CEE sur la sécurité et la santé au travail. D'autres exigences de cette directive et de directives individuelles ont été transposées directement, dans des textes gouvernementaux obligatoires, complétés eux-mêmes par des décrets émanant de différents ministères (Travail et des Affaires sociales, Santé, Environnement), du ČÚBP et de la Direction des Mines.

L'Accord PECA signé en 2001 inclut la reconnaissance mutuelle de l'évaluation de conformité des pays de l'UE pour les produits industriels de dix secteurs différents, notamment les équipements de protection individuelle.

Dans ses préparatifs à l'adhésion à l'UE, la République tchèque bénéficie du soutien de projets PHARE-Partenariat. En 2002, ses partenaires de coopération étaient les Pays-Bas et la Grande-Bretagne. Cette an-

née, un projet similaire va être réalisé avec l'Allemagne et l'Espagne. Il se concentrera sur la reprise et la mise en pratique de l'acquis communautaire² dans le domaine de la sécurité et de la santé au travail.

La normalisation

En République tchèque, la normalisation technique est soumise à la loi 22/1997 Coll. sur les exigences techniques applicables aux produits. Depuis 1995, les normes tchèques ne sont plus obligatoires (sauf s'il y est fait référence dans des textes obligatoires, comme les décrets gouvernementaux). Elles ne doivent toutefois pas être en contradiction avec des textes juridiques. Afin de satisfaire aux critères d'adhésion au CEN, la République tchèque avait déjà transposé 90 % des normes européennes en normes nationales (CSN), en 1996.

De nombreuses normes contiennent des exigences de sécurité. Elles sont particulièrement importantes dans les secteurs qui ne sont pas couverts par des textes juridiques nationaux ou internationaux.

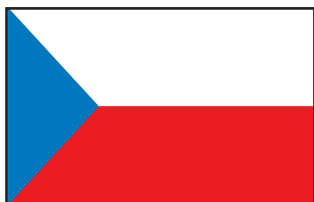
L'Institut tchèque de normalisation (ČSN)³ s'occupe de la normalisation nationale, européenne et internationale. Les projets de normes sont examinés au sein de 135 comités techniques de normalisation, qui correspondent en gros aux comités des CEN/CENELEC. Des préventeurs y font l'apport de leur compétence et de leur expérience. D'autres préventeurs participent aux comités techniques mis en place au sein de l'Office tchèque pour les normes, la métrologie et les essais (ÚNMZ), pour certains domaines de l'évaluation de conformité.

La surveillance du marché

La surveillance du marché est régie par la Loi 102/2001 Coll. sur la sécurité générale des produits, et par la loi 634/1992 Coll. sur la protection des consommateurs. Elle est exercée par l'Inspection du travail tchèque (ČOI), qui dépend du Ministère de l'Industrie et du Commerce, et par 14 offices régionaux de l'Inspection du travail. Leur principal objectif est de garantir la sécurité et la santé des consommateurs et des salariés. La fonction de contrôle de la ČOI s'appuie sur son pouvoir de stopper la mise en circulation d'un produit s'il y a lieu de soupçonner que celui-ci représente une menace sérieuse pour la santé et la sécurité des personnes, pour les biens ou pour l'environnement.

La longue expérience accumulée par la République tchèque dans les domaines de la normalisation et de la prévention constitue une bonne condition pour que le système tchèque de surveillance du marché soit placé au même niveau que celui des pays européens hautement développés.

Zarka Klimošová



¹ Protocole à l'accord européen sur l'évaluation de conformité et l'acceptation des produits industriels

² les lois et règles applicables dans tous les pays de l'UE

³ <http://domino.csn.cz>

Normung von Zuschneidemaschinen mit großer Wirkung

Sicherheitstechnische Anforderungen an Zuschneidemaschinen in der Bekleidungsindustrie waren bis zum Inkrafttreten der EG-Maschinenrichtlinie verbindlich in einer Unfallverhütungsvorschrift niedergelegt. Auf Initiative der Berufsgenossenschaften und mit Unterstützung der KAN wurde die Erstellung einer Norm eingeleitet. Bereits vor der Fertigstellung führten die Arbeiten am Normentwurf zu sicherheitstechnischen Verbesserungen bei der Produktgestaltung.

Um das in der Unfallverhütungsvorschrift bisher festgelegte Schutzniveau zu halten und den technischen Sachverstand auch in Zukunft weiterschreiben zu können, setzte sich die Textil- und Bekleidungs-BG für die Erstellung einer Europäischen Sicherheitsnorm ein. Allerdings ergab eine Anfrage bei CEN, dass lediglich Deutschland und Italien an einer Mitarbeit interessiert waren. Nach der damaligen CEN-Geschäftsordnung wäre aber die Zustimmung von mindestens drei nationalen Normungsinstituten erforderlich gewesen. CEN lehnte daher den Normungsantrag ab und empfahl dem DIN bzw. dem italienischen Normungsinstitut UNI, eine nationale Norm vorzubereiten, die anschließend in das europäische Normungsverfahren eingebracht werden könnte.



Lichtschrankensicherung (Lectra Systems)
Abb.: Textil- und Bekleidungs-BG

Auch innerhalb Deutschlands gab es Bedenken. Einige Hersteller befürchteten, dass durch eine Normung die sicherheitstechnischen Anforderungen an Bekleidungsmaschinen weiter verschärft würden. Da die deutsche Bekleidungsindustrie mit der Abwanderung der Produktion in Niedriglohnländer außerhalb der EU zu kämpfen hat, müssen sich die Hersteller von Bekleidungsmaschinen auf europäische und gleichzeitig auf teilweise niedrigere Sicherheitsstandards außerhalb der EU einstellen. Die Schaffung einer Norm, so die Befürchtung der Hersteller, könne diese ungünstige Situation noch verschärfen.

Durch Informationsveranstaltungen sowie Gespräche mit Herstellern und Betreibern konnte die Textil- und Bekleidungs-BG zusammen mit der KAN die anfänglichen Bedenken ausräumen. Den Herstellern konnte vermittelt werden, dass eine Norm Vorteile

bietet. Sie erhöht die Rechtssicherheit, indem sie konkrete Anforderungen enthält, wie der EG-Maschinenrichtlinie entsprochen werden kann. Anhand einer produktspezifischen Norm kann auch die Einhaltung des geforderten Schutzniveaus durch die Marktüberwachungsbehörden besser überprüft werden. Damit wird ein ungleicher Wettbewerb auf Kosten der Sicherheit erschwert. Nicht zuletzt konnte vermittelt werden, dass es gerade ein Vorteil des Neuen Ansatzes ist, dass die betroffenen Kreise in Normen dem Risiko angemessene sicherheitstechnische Lösungen im Konsens festlegen können.

Im Ergebnis einigten sich die Vertreter des Arbeitsschutzes und der Hersteller darauf, mit der Normung von Bandmesser- und Zuschneidemaschinen zu beginnen. Nach den guten Erfahrungen mit diesem Pilotprojekt entschieden sich die Beteiligten, den Anwendungsbereich für die künftige Norm auf alle Maschinen für den Zuschnitt auszudehnen.

Die Arbeiten an der Normvorlage erfolgten in den beiden zurückliegenden Jahren im berufsgenossenschaftlichen Fachausschuss Textil und Bekleidung, in dem alle namhaften deutschen und auch internationale Hersteller mitgearbeitet haben. Um auf dieser Grundlage eine deutsche und europäische Norm zu erarbeiten, wurde die Vorlage Mitte 2002 in den neu eingerichteten Unterausschuss 5 (UA5) des Fachbereichs Näh- und Bekleidungsmaschinen im Normenausschuss Maschinenbau im DIN eingebracht, in dem nun alle weiteren Arbeiten an der Normvorlage erfolgen werden.

Erfreulich ist, dass die Arbeiten an der Normvorlage bereits heute dazu geführt haben, dass innovative sicherheitstechnische Lösungen in der Produktgestaltung umgesetzt wurden. Zu diesem Ergebnis kommt die Textil- und Bekleidungs-BG nach Abschluss der weltweit wichtigsten Fachmesse für Bekleidungsmaschinen IMB in Köln im Mai 2003. Beispiele sind die beidseitige Installation von Lichtschranken an Schneidbrücken von Cuttern und die selbsttätige Absenkung des Messerschutzes an Bandmesserzuschneidemaschinen¹. Entscheidend ist nun, dass das Normungsvorhaben auch auf europäischer Ebene aufgegriffen wird. Nur eine harmonisierte Europäische Norm löst die Vermutungswirkung im Sinne der EG-Maschinenrichtlinie aus. Um interessierte Kreise aus anderen Ländern bereits im Vorfeld über die Erarbeitung einer europäischen Norm zu informieren, wird die englische Fassung des Normentwurfs der Textil- und Bekleidungs-BG über die Mitarbeiter des UA5 den Kollegen in anderen europäischen Ländern zur Verfügung gestellt.

Werner Sterk



Druckluftschere (Robuso)
Abb.: Textil- und Bekleidungs-BG

Sicherheitskonzepte
aus dem Norm-
entwurf werden
bereits umgesetzt



Werner Sterk
Tel. 02241-231-3460
sterk@kan.de

¹ s. Messebericht in
„der sicherheitsschirm“
2/2003, S.22 f.

Standardization for Cutting Machines Has Significant Impact

Until the EC Machinery Directive came into force, safety requirements for cutting machines in the clothing industry were set forth in binding accident-prevention regulations. A standard for this field has been drafted on the initiative of Germany's institutions for statutory accident insurance and prevention ("BGs") and with KAN's support. The work on the draft standard has already led to safety improvements in product design even before the standard is completed.

In order to maintain the level of protection specified by and the technical expertise reflected in the accident-prevention regulations in the future too, the BG for the textile and clothing industry advocated the drafting of a European safety standard. But when this proposal was put to CEN, it became clear that only Germany and Italy were interested. At the time, however, the CEN rules of procedure required the approval of at least three national standards organizations. CEN thus rejected the standardization proposal and recommended that DIN and the Italian standards organization, UNI, prepare national standards which could then serve as input in standardization at the European level.

There were reservations within Germany too. Some manufacturers were anxious that standardization would make the safety requirements concerning machinery for the clothing industry even more rigorous. Since the German clothing industry is struggling as production moves to low-wage countries outside the EU, manufacturers of such machinery are having to gear their products both to European safety standards and to standards applicable outside the EU, some of which offer a lower level of protection. The manufacturers feared that a new standard might aggravate this already unfavourable situation.

Through information events and talks with manufacturers and operators, the BG and KAN managed to dispel the initial concerns and make it clear that a standard would bring advantages. They pointed out that it would increase legal security since it would contain specific requirements to ensure compliance with the EC Machinery Directive. A product-specific standard would also make it easier for the market-surveillance authorities to monitor adherence to the required safety level. This would restrict the unequal competition based on a disregard for safety. Last but not least, the information provided at the events and talks showed the manufacturers and operators that one advantage of the New Approach to standardization was precisely that the parties

concerned could define safety solutions in line with the risk on the basis of a consensus.

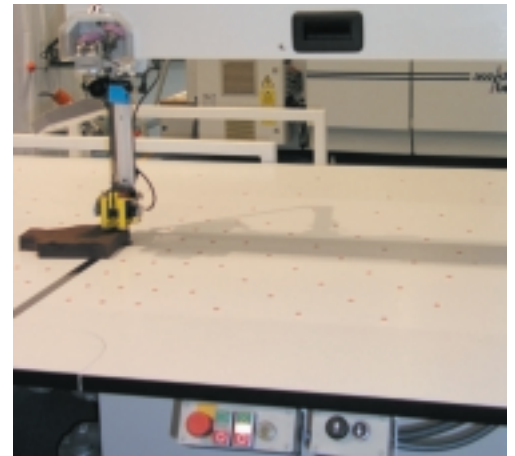
As a result, the OH&S representatives and manufacturers agreed to start off with a standard for band-knife machines. Following the positive experience with that pilot project, they decided to expand the scope of the future standard to all cutting machines.

The draft standard was developed over the last two years by the BG's Textiles and Clothing Committee, on which all the top German and international manufacturers also worked. In order to prepare a German and European standard on this basis, the draft standard was handed over in the middle of 2002 to the newly established Subcommittee 5 (UA5) of the Sewing and Apparel-Production Machinery Section of DIN's Mechanical Engineering Standards Committee, where all further work on the draft will be carried out.



Pneumatic shear (Robuso)
Fig.: Textil- und Bekleidungs-BG

Safety solutions proposed in the draft standard are already being implemented



Moving knife shroud (Bullmer); Fig.: Textil- u. Bekleidungs-BG

Following the IMB fair, the world's most important trade fair for apparel-production technology, in Cologne in May 2003, the institution for statutory accident insurance and prevention in the textile and clothing industry reported some welcome news. According to the institution, the work on the draft standard has already led to innovative safety solutions being used in product design. Examples of such solutions include the installation of light barriers on both sides of cutters' cutting beams and automatic lowering of the knife shroud on band-knife cutting machines¹. It is now crucial that this standardization project is taken up at the European level because presumption of conformity as specified in the EC Machinery Directive can only be made possible by a harmonized European standard. In order to inform interested parties from other countries about the development of the European standard in advance, UA5's members are supplying their counterparts in other European countries with the English version of the draft drawn up by the BG for the textile and clothing industry.

Werner Sterk

¹ See trade-fair report in "der sicherheitsschirm" 2/2003, p.22 ff. (only available in German)

Coupeuses : une normalisation à fort impact

Jusqu'à l'entrée en vigueur de la directive Machines, les exigences de sécurité concernant les coupeuses de l'industrie de la confection étaient définies dans un règlement de prévention des accidents du travail (UVV) obligatoire. Un projet de norme pour ce domaine vient d'être élaboré sur l'initiative des organismes d'assurance et de prévention des risques professionnels (BG), et avec le soutien de la KAN. Avant même que la norme soit achevée, les travaux menés pour en rédiger le projet ont débouché sur une série d'améliorations de la sécurité, réalisables lors de la conception du produit.

Afin de maintenir le niveau de sécurité et l'état de l'art définis dans les UVV, le BG de l'industrie textile et de l'habillement s'est mobilisé pour que soit élaborée une norme européenne de sécurité. Quand la demande en a été soumise au CEN, il s'est toutefois avéré que l'Allemagne et l'Italie étaient les seuls à souhaiter participer à ce projet. Or, d'après le Règlement intérieur du CEN en vigueur à l'époque, l'approbation d'au moins trois organismes nationaux de normalisation aurait été nécessaire. Le CEN a donc rejeté la demande de normalisation, et a conseillé au DIN et à l'UNI (l'organisme de normalisation italien) de préparer une norme nationale qui pourrait ensuite servir de point de départ à une procédure de normalisation européenne.

En Allemagne aussi, le projet était loin de faire l'unanimité. Certains constructeurs craignaient en effet qu'une norme rende encore plus rigoureuses les exigences de sécurité applicables aux machines de confection. L'industrie allemande de l'habillement étant confrontée au problème de la délocalisation de la production dans les pays à bas salaires en dehors de l'UE, les constructeurs de machines de confection doivent être en conformité à la fois avec les normes de sécurité européennes, et avec celles, parfois moins strictes, appliquées en dehors de l'UE. Ils craignaient donc que la création d'une norme aggrave encore cette situation, déjà défavorable.

En organisant des séances d'information, et en recherchant le dialogue avec les constructeurs et les exploitants de ces machines, le BG de l'industrie textile et de l'habillement et la KAN ont réussi à dissiper ces craintes, et à convaincre les constructeurs qu'une norme présentait des avantages : elle accroît la sécurité juridique, car elle contient des exigences concrètes sur la mise en conformité avec la directive Machines CE. Une norme de produit permet en outre aux autorités chargées de la surveillance du marché de contrôler plus facilement le respect du niveau de sécurité requis, ce qui ré-

duit les risques de concurrence inégale née du mépris des règles de sécurité. L'un des arguments les plus convaincants a été enfin le fait que la nouvelle approche présente un avantage certain : elle permet précisément aux cercles concernés de définir dans des normes, sur la base d'un consensus, des solutions de sécurité proportionnées au risque.

En conclusion, les préventeurs et les constructeurs ont convenu de commencer par la normalisation des coupeuses équipées d'une scie à ruban. L'expérience de ce projet pilote s'étant avérée concluante, les intéressés ont décidé d'élargir le domaine d'application de la future norme à toutes les machines de coupe.

Le projet de norme a été élaboré durant ces deux dernières années dans le Comité Textile et habillement des BG, avec la participation de tous les grands constructeurs allemands et de plusieurs constructeurs étrangers. Afin d'élaborer une norme allemande et européenne sur cette base, le projet a été soumis, au milieu de 2002, au sous-comité 5 (UA5), nouvellement créé, de la commission sectorielle Textile et habillement au sein du Comité de normalisation Machines du DIN, sous-comité chargé dès lors de continuer à travailler sur le projet de norme.

C'est avec satisfaction que l'on constate que le travail effectué sur ce projet a d'ores et déjà débouché sur la mise en pratique de solutions innovantes en matière de sécurité, au niveau de la conception des produits. Telle est la conclusion du BG de l'industrie textile et de l'habillement, au terme de l'IMB, premier salon mondial pour les machines de textile et de l'habillement, qui s'est déroulé à Cologne en mai 2003. On n'en citera pour exemples que l'installation d'une barrière lumineuse de part et d'autre des ponts de coupe des coupeuses, ainsi que la descente automatique d'un protège-lame sur les coupeuses à scie à ruban¹. Il est maintenant essentiel que ce projet de norme soit repris également au niveau européen. Seule une norme européenne harmonisée peut en effet déclencher la présomption de conformité avec la directive Machines CE. Afin de faire déjà savoir aux cercles intéressés d'autres pays qu'une norme européenne est en cours d'élaboration, la version anglaise du projet de norme du BG de l'industrie textile et de l'habillement sera mise à disposition des collègues d'autres pays européens, par l'intermédiaire des membres de l'UA5.

Werner Sterk

Des concepts de sécurité contenus dans le projet de norme sont déjà mis en pratique

¹ cf. le rapport sur le salon dans « der sicherheitsschirm » 2/2003, p. 22f. (uniquement en allemand)

Messung von Vibrationen – vergleichbare Methoden für vergleichbare Maschinen

Handgehaltene kraftbetriebene Maschinen wie Aufbruchhämmer oder Bohrmaschinen können sowohl elektrisch als auch nicht-elektrisch betrieben werden. Dies hat dazu geführt, dass sich unterschiedliche Normungsinstitute mit diesen Produkten befassen. Für die handgehaltenen Elektrowerkzeuge sind IEC und CENELEC zuständig, für die nicht-elektrisch betriebenen Werkzeuge ISO und CEN. So sind in der Vergangenheit mehr oder weniger unabhängig voneinander eigene Normen für Maschinen gleicher Art, aber unterschiedlichen Antriebs entstanden.

Auch zur Messung von Vibrationen wurden eigene Messvorschriften für elektrische bzw. nicht-elektrische handgehaltene Maschinen entwickelt, obwohl beide Gerätegruppen die gleichen Anforderungen der Maschinenrichtlinie zu erfüllen haben. Für nicht elektrisch, z. B. pneumatisch oder mit Verbrennungsmotor betriebene Maschinen wurden die Messvorschriften in einer eigenen B-Normenreihe ISO 8662 „Manuelle tragbare Werkzeuge mit Motorantrieb“¹ festgelegt. Die Messung der Vibrationen für handgehaltene Elektrowerkzeuge hingegen wird in der Normenreihe prEN 60745 „Handgeführte motorbetriebene Elektrowerkzeuge – Sicherheit“ (Nachfolge von EN 50144) behandelt.

Vergleichbare Emissionswerte

Unterschiedliche Messvorschriften können jedoch zu unterschiedlichen Messergebnissen – hier Emissionskennwerten für Vibrationen – und damit zu unterschiedlichen Bewertungen eines Risikos führen. Insbesondere vor dem Hintergrund der neuen EG-Richtlinie zum „Schutz von Sicherheit und Gesundheit der Arbeitnehmer vor Gefährdungen durch physikalische Einwirkungen – Vibrationen“ haben vergleichbare Vibrationskennwerte eine wichtige Bedeutung. Diese Richtlinie erlaubt, die Exposition des Arbeitnehmers unter bestimmten Umständen aus dem vom Hersteller angegebenen Emissionswert der Maschine zu ermitteln. Um elektrisch und nicht-elektrisch betriebene Maschinen im Hinblick auf ihre Vibrationsgefährdung miteinander vergleichen zu können, ist damit auch eine Vergleichbarkeit der Messmethoden zur Bestimmung der Emissionswerte unabdingbar.

Dies hat die Normung erkannt. Als ein wichtiger Schritt wird derzeit auf internationaler Ebene die Grundlagennorm ISO 20643 „Hand-transmitted vibration from hand-held or hand-guided machinery – Measurement of vibration at the grip surface“ erarbeitet. Diese strebt im Hinblick auf die Messung der Vibrationen eine Gleichbe-

handlung von Maschinen mit unterschiedlicher Energieversorgung (elektrisch, hydraulisch, pneumatisch, Verbrennungsmotor) an.

Gutachten der KAN

Ein weiterer notwendiger Schritt ist aber die Angleichung der konkreten Messvorschriften in den einzelnen Normen. Um die Vergleichbarkeit der verwendeten Messmethoden zu prüfen, hat die KAN ein Gutachten in Auftrag gegeben. Darin sollten die Anforderungen an die Vibrationsmessung für elektrisch betriebene Maschinen (EN 60745-1) mit der Messnorm für nicht-elektrisch betriebene Maschinen (ISO 8662-1) bzw. dem Entwurf für die Grundlagennorm ISO 20643 verglichen werden. Es wurden Anforderungen an die Messung allgemein, an die Messgeräte, die Prüf- und Betriebsbedingungen, die Messdurchführung und den Messbericht untersucht.

Das Gutachten ergab, dass sich durch die zurzeit stattfindende Überarbeitung der EN 60745-1 bereits eine Angleichung der Messmethoden abzeichnet. Der von einer Arbeitsgruppe des zuständigen europäischen CENELEC/TC 61 F erarbeitete Vorschlag für den Abschnitt „Vibrationen“ in dieser Norm richtet sich bereits nach den Vorgaben der künftigen Grundlagennorm ISO 20643. Da zu erwarten ist, dass auch die Normenreihe ISO 8662-1 für nicht-elektrische Maschinen bei ihrer nächsten Überarbeitung an die ISO 20643 angepasst wird, wären damit gute Voraussetzungen für künftig vergleichbare Messmethoden und damit vergleichbare Emissionskennwerte geschaffen. Auch wenn in einzelnen Punkten noch Änderungen wünschenswert sind, ist daher zu hoffen, dass das CENELEC/TC 61 F dem o.g. Vorschlag seiner Arbeitsgruppe zum Abschnitt „Vibrationen“ zustimmt.

Angela Janowitz



Gute Chancen für vergleichbare Emissionswerte durch ISO-Grundlagennorm für die Vibrationsmessung

¹ entspricht DIN EN 28662-1

Measurement of Vibrations – Comparable Methods for Comparable Machines

Hand-held, power-operated machines such as pavement breakers or drills can be either electric or non-electric. As a result, different institutes are involved in the standardization of such products: IEC and CENELEC are responsible for hand-held electric tools and ISO and CEN for non-electric tools. This has meant that separate standards have been developed more or less independently of one another for machines of the same type but with different power sources.

Separate rules have also been developed for measuring vibration for electric and non-electric hand-held machines although both categories have to fulfil the same Machinery Directive requirements. The measurement rules for non-electric machines, e.g. pneumatic machines or those operated by means of a combustion motor, have been laid down in a separate series of B standards, ISO 8662 “Hand-held portable power tools”¹. Vibration measurement for hand-held electric tools, on the other hand, is dealt with in the prEN 60745 series of standards, “Hand-held motor-operated electric tools – Safety” (successor to EN 50144).



Comparable Emission Values

However, different measurement rules can cause different measurements – in this case, vibration emission values – and thus different estimations of a particular risk. Comparable vibration values are very important, particularly in view of the new EC “directive on minimum health and safety requirements regarding the exposure of workers to the risks arising from physical agents (vibration)”. In certain circumstances, this directive allows worker exposure to be derived from the emission value the manufacturer cites for the machine. It is therefore essential that the methods used to measure emission values can be compared with one another so that the vibration hazards posed by electric and non-electric machines can also be compared.

This fact is acknowledged by standardizers. An important step in this area is the work currently being done at the interna-

tional level to develop a basic standard, ISO 20643, on “Hand-transmitted vibration from hand-held or hand-guided machinery – Measurement of vibration at the grip surface”. This standard aims for machines with different types of power supply (electric, hydraulic, pneumatic, combustion motor) to be treated equally with regard to vibration measurement.

KAN study

However, since it is also necessary to bring the actual measurement rules specified in the different standards into line with one another, KAN commissioned a study to examine the comparability of the measurement methods used. It was intended to compare the vibration-measurement requirements for electric machines (EN 60745-1) with the measurement standard for non-electric machines (ISO 8662-1) and draft basic standard ISO 20643. The report investigated requirements relating to measurement in general, the measuring equipment, the testing and operating conditions, the measurement process and the measurement report.

The report’s findings showed that the current revision of EN 60745-1 was already a move towards harmonizing the measurement methods. The proposed “Vibrations” section of the standard, prepared by a working group set up by the CENELEC technical committee responsible, TC 61 F, is already based on the criteria set forth in the future ISO 20643 basic standard. Since the ISO 8662-1 series for non-electric machines is also likely to be adapted in line with ISO 20643 when it is next revised, a good basis would then be in place for comparable measurement methods and thus comparable emission values in the future. It is to be hoped, therefore, that CENELEC/TC 61 F will approve its working group’s above-mentioned proposal for the “Vibrations” section even if a few amendments would still be desirable.

Angela Janowitz

ISO basic standard for vibration measurement increases possibility of comparable emission values

Angela Janowitz
Tel. 02241-231-3453
janowitz@kan.de

¹ corresponding to
DIN EN 28662-1

Mesurer les vibrations : à machines comparables, méthodes comparables

Certaines machines à moteur portatives, comme les brises-béton et les perceuses, fonctionnent à l'électricité, et d'autres pas. De ce fait, ces produits relèvent de la compétence de différents organismes de normalisation : la CEI et le CENELEC pour les outils électroportatifs, et l'ISO et le CEN pour les outils à propulsion non électrique. C'est ainsi que sont apparues par le passé des normes spécifiques, élaborées plus ou moins indépendamment les unes des autres, pour des machines de même type, mais à mode de propulsion différent.

Le mesurage des vibrations a fait, lui aussi, l'objet de prescriptions différentes pour les machines portatives, selon qu'elles sont électriques ou non, et ce bien que ces deux groupes d'appareils aient à satisfaire aux mêmes exigences de la directive Machines. Pour les machines non-électriques – entraînées p.ex. par un système pneumatique ou un moteur à combustion – les consignes en matière de mesurage sont définies dans une série de normes B spécifique ISO 8662 : «Machines à moteur portatives»¹. Le mesurage des vibrations des outils électroportatifs, en revanche, est traité dans la série de normes prEN 60745 «Outils électroportatifs à moteur – Sécurité» (remplace EN 50144)

Des valeurs comparables en termes d'émissions

Le fait d'appliquer des consignes différentes pour le mesurage peut toutefois déboucher sur des résultats différents – comme ici les paramètres d'émission pour les vibrations – et donc sur une appréciation différente du même risque. Dans le contexte de la nouvelle directive CE «concernant les prescriptions minimales de sécurité et de santé relatives à l'exposition des travailleurs aux risques dus aux agents physiques – vibrations», les paramètres comparables en matière de vibrations prennent une importance particulière. Cette directive permet, dans certaines circonstances, d'évaluer le niveau d'exposition des travailleurs d'après les informations fournies par le fabricant sur la magnitude des émissions de la machine en question. Afin de pouvoir comparer entre elles les machines électriques et non-électriques pour ce qui est du risque qu'elles présentent du fait de leurs vibrations, il est indispensable de pouvoir comparer les méthodes de mesurage utilisées pour déterminer le niveau d'émission.

Les instances de normalisation sont conscientes du problème. Une démarche importante au niveau international consiste actuellement à rédiger la norme de base ISO 20643, intitulée : «Vibrations transmi-

ses au système main-bras par les machines tenues ou guidées à la main – Mesurage des vibrations au niveau des surfaces de préhension». Concernant le mesurage des vibrations, cette norme vise à traiter toutes les machines de la même manière, quelle que soit leur source d'énergie (électrique, hydraulique, pneumatique, moteur à combustion).

Expertise de la KAN

Mais une deuxième démarche nécessaire consistera à harmoniser les consignes concrètes de mesurage contenues dans les différentes normes. Afin d'examiner si les différentes méthodes de mesurage sont comparables entre elles, la KAN a commandité une expertise, dont l'objet était de comparer les exigences applicables au mesurage des vibrations pour les machines électroportatives (EN 60745-1) avec celles de la norme de mesurage concernant les machines à moteur portatives non-électriques (ISO 8662-1), ainsi qu'avec le projet de norme de base ISO 20643. L'étude a porté sur les exigences applicables au mesurage en général, aux appareils de mesure, aux conditions d'essais et de fonctionnement, au déroulement du mesurage, et au rapport de mesurage.

Il est ressorti de cette étude que, grâce au remaniement, actuellement en cours, de la norme EN 60745-1, une harmonisation des méthodes de mesurage se dessine. La proposition, élaborée par le groupe de travail du CENELEC/TC 61 F européen compétent, relative au chapitre «Vibrations» de cette norme s'appuie déjà sur les dispositions de la future norme de base ISO 20643. Étant donné que la série de normes ISO 8662-1 relative aux machines non-électriques devrait être, elle aussi, alignée sur la norme ISO 20643 lors de son prochain remaniement, les conditions seraient favorables pour que soient appliquées à l'avenir des méthodes de mesurage comparables, et que l'on dispose donc de paramètres également comparables en termes d'émissions. Même si des modifications sont encore souhaitables dans certains points, on peut donc espérer que le CENELEC/TC 61 F approuvera la proposition de son groupe de travail concernant le chapitre «Vibrations».

Angela Janowitz



Des paramètres d'émissions comparables : grâce à une norme de base ISO, il y a tout lieu d'espérer

¹ correspond à DIN EN 28662-1

Neues Konzept soll weiter verbessert werden

Die EU-Kommission hat am 7. Mai 2003 eine Mitteilung zur „Verbesserten Umsetzung der Richtlinien des Neuen Konzepts“ an den Rat und das europäische Parlament gerichtet. Die darin formulierten Empfehlungen sollen dazu beitragen, den Binnenmarkt noch effizienter zu gestalten und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie durch kostenwirksame Maßnahmen zu stärken. Gleichzeitig möchte die EU-Kommission eine Diskussion über die formale Gestaltung des Richtlinienwerkes anregen.

Das Neue Konzept ist eine Rechtsetzungstechnik, die bereits seit 1985 im Bereich des freien Warenverkehrs eingesetzt wird. Dabei werden in Richtlinien grundlegende Anforderungen an bestimmte Produkte festgelegt. Der Hersteller kann entscheiden, ob er die in harmonisierten Normen beschriebenen technischen Lösungen umsetzt oder die Anforderungen der Richtlinien auf andere Weise erfüllt. Aufgrund seiner Flexibilität hat sich das neue Konzept als wirksames Instrument zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, der Produktinnovation und des freien Warenverkehrs bewährt. Es ist ein Beispiel für den Ansatz der „Co-Regulierung“, nach dem alle betroffenen Kreise in die Regulierungstätigkeit einbezogen werden.

Die einzelnen Bestandteile des Neuen Konzepts wurden von Anfang an kontinuierlich überarbeitet. Eine umfassende Überprüfung der richtlinienübergreifenden Aspekte fand jedoch bisher nicht statt. Ziel der von der EU-Kommission neu eingebrachten Vorschläge ist es, durch klarere Regeln zur Anwendung der Richtlinien die Effizienz des Gesamtsystems zu steigern und die damit verbundenen Umsetzungsaufwände auf ein Mindestmaß zu reduzieren. U.a wird empfohlen:

- Ein einheitliches System zur **Benennung von Konformitätsbewertungsstellen** soll den Wettbewerb benannter Stellen untereinander auf Kosten der Prüfqualität vermeiden. Entsprechende Anforderungen sollten in einer bereichsübergreifenden Richtlinie oder als Standardtext in den Einzelrichtlinien festgelegt werden.
- Das Instrument der **Akkreditierung** soll stärker und effektiver zur regelmäßigen Überwachung von benannten Stellen genutzt werden. Umfassende Anleitungen zur Akkreditierung sollen eine stärkere Kohärenz der Tätigkeit der Akkreditierungsdienste bewirken.
- Neu geschaffen werden soll ein **ständiges Forum** benennender Behörden der EU-Staaten zum Austausch vorbildlicher Verfahren für die Bewertung, Benennung

und Überwachung von benannten Stellen.

- In Richtlinien sollen Vorschriften zum **Informationsaustausch zwischen benannten Stellen** über nicht konforme Produkte erlassen werden. Mangelhafte Produkte sollen nicht mehrmals – und mit möglicherweise anderem Ergebnis – zur Prüfung vorgelegt werden können.
- Zur besseren Überwachung von benannten Stellen, die über Töchter in anderen (EU-)Ländern tätig sind, schlägt die Kommission die Einrichtung eines Verfahrens zum **Informationsaustausch** zwischen den benennenden Behörden im Herkunftsland und den benennenden Behörden und/oder den Akkreditierungsstellen des Gastlandes vor.
- In einer Informationskampagne sollen Verbraucher besser über die Bedeutung der **CE-Kennzeichnung** unterrichtet werden. In diesem Zusammenhang soll auch diskutiert werden, wie man zukünftig mit unrechtmäßig angebrachten CE-Kennzeichnungen umgehen will.
- Die Mitgliedstaaten sollen ein einheitliches Maß an **Marktaufsicht** in der gesamten EU auf der Grundlage von bestimmten Anforderungen (Aufsicht, Prüfung der Produktsicherheit an den EU- Außengrenzen etc.) gewährleisten. Kleinere Mitgliedstaaten sollen ihre Kräfte in einzelnen Bereichen durch Kooperationsabkommen bündeln.
- Das gegenwärtig praktizierte **Schutzklauselverfahren** wird in der Praxis als zu langwierig und komplex empfunden. Die Kommission schlägt vor, einen einheitlicheren Ansatz in allen Richtlinien des Neuen Konzeptes mit einem vereinfachten und verkürzten Verfahren umzusetzen.

Mit diesem Dokument eröffnet die Kommission außerdem eine Diskussion über möglicherweise weit reichende Änderungen der formalen Struktur des Richtlinienwerkes zum Neuen Ansatz. So soll u.a. geprüft werden, ob die unterschiedliche Ausformulierung übergreifender Aspekte in den sektoralen Richtlinien durch eine neue horizontale Richtlinie vereinheitlicht werden kann.


Die meisten Maßnahmen, die zur Erreichung dieser Ziele erforderlich sind, fallen in den unmittelbaren Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten. Die Kommission wird das Thema zunächst eingehend mit dem Parlament und dem Rat erörtern, bevor sie konkrete Vorschläge für Rechtsvorschriften unterbreitet.

Eckhard Metzke



Informationsaustausch und Zusammenarbeit werden verstärkt

Weitere Infos:
europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/index.htm

 Eckhard Metzke
 Tel. 02241-231-3452
 metze@kan.de

New Approach to be Improved Further

On 7 May 2003, the EU Commission presented a communication on “Enhancing the Implementation of the New Approach Directives” to the Council and the European Parliament. The recommendations made in the communiqué are intended to help make the internal market even more efficient and increase European industry’s competitiveness with the aid of cost-effective measures. The EU Commission is also seeking to initiate a discussion regarding the formal structure of the directives.

The New Approach is a legislative concept which has been applied in the Single Market since as far back as 1985. In line with the Approach, essential requirements for certain products are set forth in directives. Manufacturers are free to decide whether they implement the technical solutions described in harmonized standards or whether they meet the directive requirements by other means.

Due to its flexibility, the New Approach has proven an effective instrument for promoting industry competitiveness, product innovation and free movement of goods. It is an example of the “co-regulation” approach whereby all parties concerned are involved in regulation.

From the outset, the individual components of the New Approach have been subject to an ongoing revision process. However, as yet there has not been a thorough examination of the generic aspects which apply to all directives. The aim of the EU Commission’s new proposals is to raise the efficiency of the overall system, by means of clearer rules on how to apply the directives, and to reduce the associated implementation effort to a minimum. The recommendations include the following:

- a uniform system for **designating conformity-assessment** bodies in order to prevent competition between designated bodies to the detriment of testing quality. Requirements to this end should be laid down in a generic directive or in the form of harmonized provisions in the individual directives;
- a new **permanent forum** for EU states’ designating authorities so that they can exchange best practices for assessment, designation and monitoring of designated bodies;
- stronger, more effective use of **accreditation** for the purpose of regular monitoring of designated bodies. In addition, comprehensive instructions on accreditation to generate more coherence in accreditation services’ activities;
- directives should include rules on the **exchange of information between desig-**

nated bodies with regard to non-conforming products. It should not be possible to present inadequate products for testing several times over – and possibly with different results;

- to improve monitoring of designated bodies with subsidiaries in other (EU) countries, a procedure for the **exchange of information** between the designating authorities in the parent organization’s country and the designating authorities and/or accreditation bodies of the other country;
- a campaign to provide consumers with better information concerning the meaning of the **CE mark**. This measure should also include a discussion about how unlawfully affixed CE marks are to be dealt with in future;
- Member States should ensure a common degree of **market surveillance** throughout the EU on the basis of certain requirements (surveillance, testing of product safety at the EU’s outer borders, etc.) Smaller member states should pool their forces in specific areas by means of cooperation agreements; and
- since practitioners consider the current **safeguard procedure** too lengthy and complex, a more uniform method should be implemented in all New Approach directives with a simplified and shorter procedure.

The Commission’s document also opens up a debate concerning what could be far-reaching changes to the formal structure of the New Approach directives. This includes exploration of whether the divergent formulations governing generic aspects in the sectoral directives could be harmonized by means of a new horizontal directive.

Most of the measures required to achieve these objectives lie within the direct areas of responsibility of the member state. The Commission will first discuss the matter in depth with the Parliament and the Council before presenting specific proposals for legislation.

Eckhard Metzke



Information exchange and cooperation to be bolstered

More information at:
europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/index.htm

La Nouvelle approche en passe d'être encore améliorée

Le 7 mai 2003, la Commission européenne a adressé au Conseil et au Parlement européen une communication intitulée « Améliorer l'application des directives 'nouvelle approche' ». Les recommandations formulées dans ce texte visent à améliorer encore l'efficacité du Marché intérieur et à renforcer la compétitivité de l'industrie européenne par des mesures ayant une incidence sur les coûts. En même temps, la Commission européenne souhaite initier un dialogue sur la conception formelle de l'ensemble des directives.

La nouvelle approche est une technique législative utilisée depuis 1985 dans le domaine de la libre circulation des marchandises. Elle consiste à définir, dans des directives, des exigences essentielles auxquelles doivent répondre des produits donnés. Le fabricant peut décider s'il préfère mettre en pratique les solutions techniques décrites dans les normes techniques harmonisées, ou se conformer d'une autre manière aux exigences des directives.

Grâce à sa souplesse d'utilisation, la nouvelle approche s'est révélée être un instrument efficace, propre à promouvoir la compétitivité de l'industrie, l'innovation dans la production, et la libre circulation des marchandises. Elle est un exemple de « **corégulation** », approche selon laquelle tous les cercles concernés participent au processus de réglementation.

Dès le départ, les différents éléments de la nouvelle approche ont été révisés en permanence. Cependant, les aspects horizontaux de cette approche n'ont encore jamais fait l'objet d'une révision générale. Les nouvelles propositions élaborées par la Commission visent à mettre en place des règles d'application plus claires pour les directives, et à augmenter ainsi l'efficacité de l'ensemble du système, et à réduire à un strict minimum les efforts et coûts de sa mise en application. La Commission préconise notamment les mesures suivantes :

- Un système homogène de **désignation des organismes** d'évaluation de conformité, afin d'éviter que ces organismes se fassent concurrence entre eux, aux dépens de la qualité des contrôles. Il conviendra de définir les exigences adéquates dans une directive générique, ou, comme texte standard, dans les directives individuelles.
- Création d'un **forum permanent** regroupant les autorités de désignation des États de l'UE, afin de leur permettre d'échanger leur expérience sur les meilleures pratiques pour l'évaluation, la désignation et la surveillance des organismes notifiés.
- L'instrument de **l'accréditation** doit être utilisé davantage et plus efficacement

pour la surveillance régulière des organismes notifiés. Il convient d'élaborer des orientations plus complètes sur l'accréditation, en vue d'augmenter la cohérence des services d'accréditation.

- L'introduction, dans les directives, de dispositions demandant aux **organismes notifiés d'échanger des informations** sur les produits non conformes. Il faut empêcher que les produits défectueux soient présentés plusieurs fois aux essais – en obtenant éventuellement des résultats différents.
- Afin d'assurer une meilleure surveillance des organismes notifiés qui opèrent dans d'autres pays (de l'UE) par le biais de filiales, la Commission suggère la création d'une procédure **d'échange d'informations** entre les autorités de désignation du pays d'origine, et les autorités de désignation et/ou organismes d'accréditation du pays d'accueil.
- Une campagne d'information doit permettre de mieux sensibiliser le consommateur à la signification du marquage CE. Dans ce contexte, il est prévu de discuter également sur la manière de traiter à l'avenir le problème de l'apposition abusive du **marquage CE**.
- Il faudrait que les États membres garantissent un niveau homogène de **surveillance du marché** dans toute l'Union, niveau basé sur certaines exigences (surveillance, contrôle de sécurité des produits aux frontières extérieures de l'UE, etc.). Dans certains domaines, les plus petits parmi les États membres pourraient allier leurs efforts par des accords de coopération.
- Telle qu'elle est pratiquée actuellement, la **procédure de la clause de sauvegarde** est perçue dans la pratique comme étant lourde et compliquée. La Commission propose d'introduire, dans toutes les directives « nouvelle approche », une démarche plus uniforme prévoyant une procédure plus simple et plus courte.

Par ce document, la Commission amorce en outre une discussion sur des modifications – qui pourraient être de vaste portée – de la structure formelle de l'ensemble des directives « nouvelle approche ». Il est notamment prévu de vérifier si le libellé différent d'aspects généraux dans les directives sectorielles ne pourrait pas être uniformisé par le biais d'une nouvelle directive horizontale.

La plupart des mesures nécessaires pour atteindre ces objectifs relèvent de la compétence directe des États membres. La Commission se propose, en un premier temps, de procéder à un examen approfondi de la question avec le Parlement et le Conseil, avant de soumettre des propositions concrètes de dispositions juridiques.

Eckhard Metzke

L'échange d'informations et la coopération vont être intensifiés

Pour en savoir plus :
europa.eu.int/comm/enterprise/newapproach/index.htm

„Corporate Social Responsibility – the Role of International Organisations“

Zu diesem Thema führt die KAN zusammen mit UN Global Compact und der internationalen Arbeitsorganisation ILO am 29. Oktober 2003 um 14.00 Uhr eine Podiumsdiskussion im Kongresszentrum der Messe Düsseldorf (CCD Süd, Raum 2) durch. Die Diskussion ist Teil der im Rahmen der A+A stattfindenden Konferenz „Health and Safety Culture – Sustainable Development through Responsible Corporate Citizenship/CSR“.

Corporate Social Responsibility (CSR) ist ein Konzept für unternehmerische Verantwortung, das den Nachhaltigkeitsgedanken aufnimmt und Ökonomie, Ökologie und Soziales im unternehmerischen Handeln verbindet. Für die sozialen Aspekte der CSR ist die ILO die kompetente internationale Organisation, da sie nach dem Strukturprinzip der Dreigliedrigkeit eine gleichberechtigte Einbeziehung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern neben den Regierungen gewährleistet. ILO-Erklärungen sind tragfähige und zukunftsorientierte Instrumente, die Unternehmen und Arbeitnehmern Gestaltungsmöglichkeiten lassen und eine sozial ausgewogene Arbeitswelt zum Ziel haben.

Ein CSR-Managementstandard, wie er gegenwärtig in den Gremien der ISO erwogen wird, würde hingegen die zunehmende Anwendung freiwilliger Maßnahmen in Frage stellen. Die unternehmerischen Handlungsspielräume und die Möglichkeit von maßgeschneiderten, branchenspezifischen sowie ökonomisch und sozial ausgewogenen Lösungen würden an Bedeutung verlieren. Unternehmen und ihre Zulieferer wären u.U. einem faktischen „Zertifizierungszwang“ ausgesetzt, wobei die Effizienz solcher Verfahren (z.B. Zertifizierung nach ISO 9000) inzwischen von vielen Unternehmen angezweifelt wird.

„Arbeitsschutz und Normung: Zusammenarbeit in einem erweiterten Europa“

Unter diesem Motto findet im Rahmen der A+A in Düsseldorf am 29.10.03 um 9:00 Uhr in Raum 7 des Kongresszentrums (CCD Süd) eine Sonderveranstaltung der Kommission Arbeitsschutz und Normung (KAN) statt.

Die Süd-Ost-Erweiterung bringt für Europa und insbesondere für die Beitrittsländer neue Herausforderungen. Davon betroffen sind auch die für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz zuständigen Kreise und Institutionen. Die Vorstellungen der Sozialpartner, der Aufsichtsbehörden und der Prüf- und Zertifizierungsstellen lassen sich nur dann wirkungsvoll in die Entschei-

dungsprozesse zum gemeinschaftlichen Regel- und Normenwerk einbringen, wenn es gelingt, nationale Einzelpositionen in einem europäischen Diskussionsprozess zu einem möglichst breiten Konsens zu verdichten.

Dieser schon bisher nicht einfache Prozess erfordert im erweiterten Europa zusätzliche Anstrengungen. Auf der Sonderveranstaltung der KAN sollen die heute praktizierten Formen der Zusammenarbeit vorgestellt, die Erwartungen der Beitrittsländer verdeutlicht und Ansätze für zukünftige Kooperationsmodelle erörtert werden. Die Referenten und Teilnehmer an der Podiumsdiskussion sind sowohl mit den Bedingungen in der Europäischen Union als auch mit den Erwartungen und Möglichkeiten der Beitrittsländer seit Jahren vertraut.

EUROSHNET am Start

Nach über einjähriger Entwicklung ist EUROSHNET startklar und kann ab dem 1. Oktober 2003 unter www.euroshnet.org genutzt werden.

In der Abschlussphase wurden zusätzliche Erweiterungen vorgenommen, die den Charakter des Systems als europäische Kommunikationsplattform für Arbeitsschutzkreise unterstreichen.

Zunächst sind Experten von Arbeitsschutzinstitutionen aus Deutschland, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Polen und Spanien aufgerufen, sich im Netzwerk anzumelden. Voraussetzung für eine Mitarbeit: Die Experten der Arbeitsschutzinstitutionen müssen in Normung, Prüfung, Zertifizierung und/oder angewandter Forschung tätig sein.

Angemeldete Experten erhalten über ein persönliches Passwort Zugang zu einer Expertendatenbank, zu derzeit sieben Diskussionsforen (Elektrische Sicherheit, Emissionen, Ergonomie, Maschinen, Persönliche Schutzausrüstungen, Prüfung/Zertifizierung, Übergreifende Themen), zu nicht öffentlich zugänglichen Dokumenten und weiteren, für die direkte Kommunikation nützlichen Tools.

Klarstellung zum KANBRIEF 3/02, S. 14

Der Artikel „Wenn die Überlastsicherung überlistet wird“ führt aus, dass der Kranführer mit vorhandenen Überbrückungseinrichtungen für die Überlastsicherung die Möglichkeit habe, diese Sicherheitseinrichtung mit allen Funktionen außer Kraft zu setzen.

Diese Aussage bezieht sich auf alle lastmomentvergrößernden Bewegungen des Fahrzeugkranes, die die Überlastsicherung abschalten muss:

- Anheben einer zu schweren Last mit der Winde
- Vergrößern der Ausladung (Reichweite) durch Austeleskopieren des Auslegers



Gemeinschaftsveranstaltung von ILO und KAN

Info: metze@kan.de

Tickets, die auch zum gesamten Kongressangebot der A+A berechtigen, unter: www.ilo.org/public/english/protection/safework/labinsp/globcomp1.htm

KAN-Sonderveranstaltung auf der A+A 2003

Info: mattiuzzo@kan.de
www.basi.de/pages/d/kongress.htm

- Vergrößern der Ausladung durch Absenken des Auslegers (Auswippen).

Der Convenor der zuständigen CEN/TC 147/WGP 1 „Fahrzeugkrane“ machte uns darauf aufmerksam, dass unabhängig davon gemäß prEN 13000 eine weitere Kranbewegung durch die Sicherheitseinrichtung abgeschaltet werden soll.

Anmerkung der Redaktion:

Dies ist richtig. Unabhängig davon soll gemäß prEN 13000 auch das Verringern der Ausladung durch Anheben des Auslegers (Einwippen), also eine lastmomentverringernde Bewegung, durch die Sicherheitseinrichtung abgeschaltet werden. Hier sieht prEN 13000 allerdings vor, dass für das Einwippen einer hängenden Last ein Überbrückungsschalter in Reichweite des Kranführers angebracht werden kann. **Dieser** Möglichkeit haben die Arbeitsschutzexperten zugestimmt, da es sich um eine lastmomentverringernde Bewegung handelt.

„Corporate Social Responsibility – the Role of International Organisations”

This will be the topic of a panel discussion to be staged by KAN, UN Global Compact and the International Labour Organization (ILO) at the congress centre at Düsseldorf trade-fair centre (Messe Düsseldorf, CCD Süd, Room 2) at 2 p.m. on 29 October 2003. The discussion is part of the conference on “Health and Safety Culture – Sustainable Development through Responsible Corporate Citizenship/CSR” being held during the A+A fair.

Corporate Social Responsibility (CSR) is a concept which picks up on the idea of sustainability and combines economic, ecological and social factors in corporate behaviour. The International Labour Organization (ILO) is the competent organization when it comes to the social aspects of CSR since it uses the principle of a tripartite structure to guarantee equal involvement of employer and employee representatives and governments. ILO declarations are feasible, future-oriented instruments which give companies and employees a certain flexibility in shaping their social relations and aim at a social balance in the world of work.

A CSR management standard of the type currently being considered by ISO's committees, on the other hand, might slow down the increasing use of voluntary measures. Companies' room for manoeuvre and the possibility of tailor-made, sector-specific, economically and socially balanced solutions would lose significance. Enterprises and their suppliers might be “forced to undergo certification” in effect even though many companies now doubt the efficiency of such procedures (e.g. certification based on ISO 9000).

“OH&S and Standardization”: Cooperation in an Expanded Europe

“OH&S and Standardization: Cooperation in an Expanded Europe” – that will be the title of a special session to be staged by the Commission for Occupational Health and Safety and Standardization (KAN) at the A+A Congress in Düsseldorf. The event will be held at 9 a.m. on 29 October 2003 in Room 7 of the Congress Centre (CDD Süd).

The expansion of Europe to the South and East entails new challenges for Europe and in particular for the EU candidate countries. This is true not least for groups and institutions responsible for health and safety at the workplace. Social partners, inspection authorities and testing and certification bodies can introduce their opinions effectively into the decision-making processes for Community legislation and standardization only if they are able to bring individual national positions together in a European discussion process and reach a consensus supported by as many OH&S parties as possible.

This process, which was already not easy, requires even greater efforts in an enlarged Europe. KAN's special session will present existing forms of cooperation, clarify the candidate countries' expectations and discuss possible approaches for future cooperation models. The speakers and participants in the panel discussion have been acquainted for many years both with conditions within the European Union and with the expectations and perspectives of the candidate countries.

EUROSHNET Launch

Following more than a year of development, EUROSHNET is ready to kick off and will be available for use from 1 October 2003 at www.euroshnet.org.

In the final phase of development, various additions were made, thus enhancing the system's role as a European communication platform for OH&S professionals.

The network is initially intended for experts from OH&S institutions in Finland, France, Germany, Great Britain, Poland and Spain. Only experts who work in the fields of standardization, testing, certification and/or applied research can register to participate in the network.

Experts who have registered can use their personal password to access an expert database, discussion forums (of which there are currently seven, electrical safety, covering emissions, ergonomics, horizontal matters, machinery, personal protective equipment and testing/certification), publicly unavailable documents and other tools which aid in direct communication.

Corporate Social Responsibility: an event organized by ILO and KAN

Tickets, entitling the bearer to attend all of the other A+A congress events too, can be obtained from: www.ilo.org/public/english/protection/safework/labinsp/globcomp1.htm

OH&S and Standardization: KAN special session at the A+A Congress 2003

Info: mattiuzzo@kan.de
www.basi.de/pages/e/congress.htm

KANBRIEF 3/02, p. 15: clarification

The article entitled "Defeating the rated capacity limiter" states that where a facility is provided for bridging the capacity limiter, the crane operator is able to disable this safety facility and all its functions.

This statement relates to all crane movements which increase the load upon the mobile crane and which the capacity limiter is required to switch off:

- Raising an excessively heavy load by means of the winch
- Increasing the radius (outreach) by telescoping out of the boom
- Increasing the radius by lowering of the boom (derricking out)

The convenor of the responsible CEN/TC 147/WGP 1, "Mobile cranes", has notified us that independent of this fact, prEN 13000 requires a further crane movement to be switched off by the safety facility.

Editor's note:

This is correct. prEN 13000 specifies that in addition to these movements, the raising of the boom (derricking in) and resulting reduction of the radius, i.e. a movement which reduces the load, is also to be switched off by the rated capacity limiter. With respect to this latter movement, however, prEN 13000 permits the fitting of a bridging switch within reach of the crane operator by means of which a suspended load may be derricked in. The OH&S experts have assented to **this particular provision**, as the movement concerned is one resulting in a reduction of the load.

« La responsabilité sociale des entreprises » – le rôle des organisations internationales

Tel est le thème du podium de discussion organisé par la KAN, en collaboration avec UN Global Impact et l'Organisation internationale du Travail (OIT), qui se tiendra le 29 octobre 2003 à 14.00 heures au Centre des Congrès du Parc des Expositions de Düsseldorf (CCD Sud, salle 2). La discussion s'inscrit dans la conférence « Culture de prévention et de protection de la santé – l'entreprise citoyenne et responsable/RSE au service du développement durable » organisée dans le cadre du salon A+A.

La responsabilité sociale des entreprises (RSE) est un concept qui reprend l'idée de la durabilité et relie les aspects économiques, écologiques et sociaux dans l'action de l'entreprise. Le volet social de la RSE est du ressort de l'OIT qui, sur la base de sa structure tripartite, garantit l'implication, sur un pied d'égalité, des représentants du patronat, des salariés et du gouvernement.

Les déclarations de l'OIT sont des instruments prometteurs et tournés vers l'avenir, qui laissent aux entreprises et aux salariés une liberté de conception et de réalisation, et qui ont pour objectif d'atteindre un équilibre social dans le monde du travail.

En revanche, standardiser la gestion de la RSE, comme on l'envisage actuellement au sein des organes de l'ISO, remettrait en cause l'application croissante de mesures volontaires. On verrait alors diminuer la marge de manœuvre des entreprises et la possibilité de développer des solutions individuelles, spécifiquement adaptées à la branche concernée, et équilibrées d'un point de vue économique et social. Les entreprises et leurs fournisseurs pourraient se retrouver de fait « contraints de se faire certifier » même si l'efficacité d'une telle procédure est très controversée (ex. : certification sur la base de la norme ISO 9000), voire sévèrement critiquée par bon nombre d'entreprises aujourd'hui.

« La sécurité et santé au travail et la normalisation : travailler ensemble dans une Europe élargie »

Tel est le thème d'une conférence spéciale organisée par la Commission pour la sécurité et santé au travail et la normalisation (KAN), qui aura lieu dans le cadre de l'A+A à Düsseldorf, le 29-10-03 à 9 heures dans la salle 7 du Centre des Congrès (CCD Sud).

L'élargissement vers l'Est et le Sud va se traduire par de nouveaux défis pour l'Europe, et en particulier pour les pays candidats. Ceci vaut également pour les cercles et institutions concernés par la sécurité et la santé au travail. Les idées des partenaires sociaux, des autorités de contrôle et des organismes d'essai et de certification ne pourront être intégrées efficacement dans les processus décisionnels concernant les réglementations et normes communautaires que si l'on parvient, dans le cadre d'un processus de discussion européen, à réunir les différentes positions nationales dans un consensus aussi large que possible.

Ce processus, qui n'était déjà pas simple jusqu'à présent, exigera des efforts supplémentaires dans une Europe élargie. Lors de cette conférence spéciale, la KAN se propose de présenter les formes de coopération déjà pratiquées aujourd'hui, d'exposer les attentes des pays candidats, et d'évoquer des pistes pour de futurs modèles de coopération. Les intervenants et participants de la table ronde sont des spécialistes de longue date tant des conditions qui règnent au sein de l'Union européenne, que des attentes et opportunités des pays candidats.



Conférence spéciale de la KAN

Info: mattiuazzo@kan.de
www.basi.de/pages/e/congress.htm

Manifestation organisée conjointement par l'OIT et la KAN

Pour obtenir une carte de participant, qui donne en outre accès à l'intégralité des manifestations proposées par le congrès A+A, rendez-vous sur le site:

www.ilo.org/public/english/protection/safework/labinsp/globcomp1.htm

EUROSHNET: le coup d'envoi est donné

Au terme de plus d'un an de phase de développement, EUROSHNET est désormais opérationnel, et pourra être utilisé à partir du 1^{er} octobre 2003 à l'adresse www.euroshnet.org.

Durant la phase finale, des élargissements supplémentaires ont été effectués. Ils soulignent le caractère du système en tant que plate-forme de communication européenne à l'adresse des cercles concernés par la sécurité et la santé au travail.

En un premier temps, ce sont les experts d'organismes de prévention d'Allemagne, d'Espagne, de Finlande, de France, de Grande-Bretagne et de Pologne qui sont invités à adhérer au système. La condition pour y participer : les experts des organismes de prévention doivent travailler dans le domaine de la normalisation, des essais, de la certification et/ou de la recherche appliquée.

Les experts enregistrés ont accès, grâce à un mot de passe, à une base de données contenant les coordonnées des experts, à des forums de discussion – actuellement au nombre de sept – (Émissions, Équipements de protection individuelle, Ergonomie, Essais/Certification, Machines, Sécurité électrique, Thèmes transversaux), à des documents non consultables par le public, et à d'autres instruments utiles pour la communication directe.

Mise au point concernant la KANBRIEF 3/02, p. 16

Dans l'article intitulé « Tromper la vigilance du limiteur de charge », il est expliqué que le conducteur d'une grue mobile est en mesure de neutraliser ce dispositif de sécurité, avec toutes ses fonctions, grâce à l'existence de systèmes permettant de le court-circuiter.

Cette affirmation se réfère à tous les mouvements de la grue mobile qui ont pour effet d'augmenter le couple de charge, et qui doivent être stoppés par le limiteur de charge :

- soulever une charge trop lourde par le treuil
- augmenter la portée de la grue en déployant la flèche télescopique
- augmenter la portée de la grue en descendant la flèche

L'animateur du CEN/TC concerné (147/WGP1 « Grues mobiles ») nous a signalé que le projet de norme prEN 13000 stipulait par ailleurs qu'un autre mouvement de la grue devait être stoppé par le dispositif de sécurité.

Note de la rédaction :

Cette information est exacte. La norme prEN 13000 précise en effet que le dispositif de sécurité doit également empêcher de diminuer la portée de la grue par le biais du rele-

vage de la flèche, et donc par un mouvement qui réduit le couple de charge. Le projet de norme autorise cependant pour ce cas de relevage de la flèche avec une charge suspendue la présence d'un système de court-circuit situé à portée de la main du grutier. Cette possibilité a été admise par les préventeurs, car il s'agit d'un mouvement qui réduit le couple de charge.

Veröffentlichungen/Publications

• Gefahrenanalyse und Risikobeurteilung – Warum und wie?

EG-Richtlinien legen als Voraussetzungen für den freien Warenverkehr innerhalb der EU ein einheitliches Sicherheitsniveau für Produkte des Maschinenbaus fest. Der vorliegende Titel führt in die Hintergründe der Risikobeurteilung ein und erläutert die Methodik anhand eines Fallbeispiels. Hilfsmittel wie Formulare und Gefährdungslisten sind enthalten. Einen Schwerpunkt bildet die Beschreibung der Risikobeurteilung nach EN 1050/EN 954-1.

Bezug: Matthias Schulz Verlag, Abtsgmünd, Tel. 07366 919180; www.mschulz-verlag.de; 100 Seiten, 2003, 44 €.

• Book on Risk Analysis and Assessment

EC directives specify a common level of safety for machinery as a precondition for free movement of goods within the EU. The book "Gefahrenanalyse und Risikobeurteilung – Warum und wie?" ("Risk analysis and assessment – Why and how?") gives a background to risk assessment and explains the methods used on the basis of an example case. It also includes aids such as forms and risk lists. One of the main features is a description of risk assessment in accordance with EN 1050/EN 954-1.

Available from: Matthias Schulz Verlag, Abtsgmünd, tel. +49 7366 919180; www.mschulz-verlag.de; 100 pages, 2003, € 44, only available in German

• « Gefahrenanalyse und Risikobeurteilung – Warum und wie? »

Les directives CE prescrivent, comme condition indispensable à la libre circulation des marchandises au sein de l'UE, un niveau uniforme de sécurité pour les produits de construction mécanique. Cet ouvrage aborde le contexte de l'appréciation des risques, et en explique la méthode, à partir d'un exemple concret. Il contient des instruments, tels que des formulaires et liste des phénomènes dangereux. Un chapitre important est consacré à la description de l'appréciation du risque selon la norme EN 1050/EN 954-1.

À commander auprès de: Matthias Schulz Verlag, Abtsgmünd, tél. : +49 7366 919 180; www.mschulz-verlag.de; 100 p., 2003, 44 €; seulement disponible en allemand

Info	Thema / Subject / Thème
<p>06. – 07.10.2003 Dortmund</p> <p>Deutsche Arbeitsschutz- ausstellung (DASA)</p> <p>Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin</p> <p>Tel. +49 231 90 71 645 www.dasa-dortmund.de</p>	<p>Gefahrstoffe handhaben – aber richtig! Informationsveranstaltung im Rahmen der Europäischen Woche für Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit</p> <p>Handling Hazardous Substances Information event as part of the European Week for Safety and Health at Work</p> <p>Manipuler correctement les substances dangereuses. Conférence d'information dans le cadre de la semaine européenne de la sécurité et de la santé au travail</p>
<p>12. – 17.10.2003 Starnberger See</p> <p>DGB-Bildungswerk</p> <p>Tel. +49 211 4301 372 www.dgb-bildungswerk.de</p>	<p>Arbeitsbedingte Belastungen, Gesundheits- gefahren, Erkrankungen in der Arbeitswelt; Seminar für Betriebsräte</p> <p>Health risks, illnesses and problems related to the working environment; course for works council members</p> <p>Les charges liées au travail, les risques pour la santé, les maladies dans le monde du travail; séminaire à l'intention des membres des com- ités d'entreprise.</p>
<p>30.09. – 01.10.2003 Ettlingen</p> <p>Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit Baden- Württemberg (UMEG)</p> <p>Tel. +49 721 7505-0 www.umeg.de</p>	<p>2. Ettlinger Fachtage „Europäische Markt- überwachung – Freier Warenverkehr und Produktverantwortung im Focus des Rechts“</p> <p>2nd Ettlingen Conference on “European Market Surveillance – Free Movement of Goods and Pro- duct Responsibility under the Legislative Spotlight”</p> <p>2e Rencontre professionnelle d'Ettlingen « La surveillance du marché en Europe – Aspects ju- ridiques de la libre circulation des marchandises et de la responsabilité en matière de produits »</p>
<p>29.10.2003, 9:00 h A+A Düsseldorf, CCD Süd</p> <p>KAN-Geschäftsstelle</p> <p>Tel. +49 2241 231 3449 quade@kan.de www.kan.de www.basi.de/pages/d/ kongress.htm</p>	<p>KAN-Veranstaltung im Rahmen der A+A 2003: „Möglichkeiten der Zusammenarbeit in einem er- weiterten Europa“ (Vorträge u. Podiumsdiskussion)</p> <p>KAN event at A+A 2003: “Possibilities for Co- operation in an Expanded Europe” (Papers and panel discussion)</p> <p>Conférence de la KAN dans le cadre de l'A+A « Possibilités de coopération dans une Europe élargie » (exposés et table ronde)</p>
<p>29.10.2003, 14:00 h</p> <p>A+A Düsseldorf, CCD Süd ILO with KAN and UN Global Compact</p> <p>Tel. +49 2141 231 3452 metze@kan.de</p>	<p>Soziale Verantwortung von Unternehmen – die Rolle internationaler Organisationen Podiumsdiskussion</p> <p>Corporate Social Responsibility – the Role of International Organisations; Panel discussion</p> <p>La responsabilité sociale des entreprises – Rôle des organisations internationales; Table ronde</p>

IMPRESSUM

Herausgeber/publisher/éditeur
Verein zur Förderung der
Arbeitssicherheit in Europa e.V.
(VFA)

mit finanzieller Unterstützung
des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Arbeit /
with the financial support
of the German Ministry of
Economics and Labour /
avec le soutien financier
du Ministère allemand de
l'Économie et du Travail.

Redaktion/editor/rédaction
Kommission Arbeitsschutz
und Normung (KAN) –
Geschäftsstelle
Michael Robert, Birgit Hartmetz

Schriftleitung /responsible /
responsable
Dr.-Ing. Joachim Lambert
Alte Heerstr. 111
D - 53757 Sankt Augustin

Gestaltung /design /réalisation
Felder Köln/Berlin

Übersetzung /translation /
traduction
Odile Brogden, Mandy Williams,
Marc Prior

Erscheinungsweise: vierteljährlich /
published quarterly /
parution trimestrielle

Verbreitungsweise unentgeltlich /
distributed free of charge /
distribué gratuitement

Tel. +49 (0) 2241 - 231 3463
Fax +49 (0) 2241 - 231 3464

Internet: www.kan.de
E-Mail: info@kan.de